



HANSESTADT LÜNEBURG



Nachhaltigkeitsbericht 2021

Hansestadt Lüneburg



IMPRESSUM

www.hansestadt-lueneburg.de



Herausgeber:
Hansestadt Lüneburg
Am Ochsenmarkt
21315 Lüneburg

erarbeitet durch:
Bereich 34 Klimaschutz und Nachhaltigkeit
Herr Thomas Wiebe
Herr Tobias Neumann
Frau Dr. Karina Hellmann
Herr Matthias Ruths

unter Beteiligung von:
Kommunikation für Mensch & Umwelt
Michael Danner
www.umweltkommunikation-danner.de

Gestaltung:
EWERT/GRAFIK
Fabian Ewert
www.ewert-grafik.de

Die digitale Version dieses Dokumentes (PDF) wurde auf Barrierefreiheit gemäß BITV 2.0 optimiert.

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich. Bildrechte liegen, sofern nicht anders angegeben bei der Hansestadt Lüneburg.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
Einleitung	7
Nachhaltige Entwicklung auf globaler und nationaler Ebene	8
Lüneburgs Weg zu einer nachhaltigen Kommune.....	11
Ziele und Aufbau des Nachhaltigkeitsberichts.....	14
Themenfelder in der Stadtverwaltung.....	16
1. Organisation und Gleichstellung.....	17
2. Umwelt, Nachhaltigkeit und Mobilität	21
3. Kultur.....	35
4. Soziales und Integration.....	38
5. Familie, Bildung und Sport	40
6. Stadtentwicklung, Stadtsanierung und Gebäudewirtschaft	42
7. Straßenbau und Grünplanung	48
Eigenbetriebe und Tochtergesellschaften	53
Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH	53
Gesundheitsholding Lüneburg	54
Gesellschaft für Abfallwirtschaft Lüneburg.....	55
Lüneburger Wohnungsbau GmbH	56
Luna Lüneburg GmbH	57
Umweltbildungszentrum	58
Ausblick	59



VORWORT

Das Thema Nachhaltigkeit ist in meiner mittlerweile 30-jährigen Amtszeit als Oberbürgermeister immer mehr in das Bewusstsein und in den Fokus des Handelns, sowohl bei Politik und Verwaltung, als auch bei den Bürgerinnen und Bürger, gerückt.

Zu Recht – denn die Antwort auf die Frage, wie wir angesichts zunehmender Auswirkungen des Klimawandels, wie zuletzt der verheerenden Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen handeln wollen, wird immer drängender.

Jetzt geht es darum, die richtigen Weichen zu stellen, um noch schneller handeln zu können. Unser Ziel als Hansestadt ist es dabei, die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 nicht nur auf dem Papier zu unterstützen, sondern auch ganz konkret im Verwaltungshandeln zu verankern und mit Leben zu füllen.

Der Nachhaltigkeitsbericht der Hansestadt Lüneburg ist ein Baustein bei dieser dringlichen Aufgabe, die wir nur gemeinsam mit Ihnen, den Bewohnerinnen und Bewohnern unserer Hansestadt, bewältigen können. Wir als Hansestadt wollen einen Beitrag leisten, indem wir Nachhaltigkeit in allen Bereichen, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch bei unseren städtischen Tochterunternehmen als Querschnittsaufgabe mitdenken.

Wir sind schon in vielen Bereichen vorgekommen – das zeigt uns dieser erste Nachhaltigkeitsbericht. Gleichzeitig dient er aber auch als Grundlage für die weiteren Entwicklungen – denn wir sind noch lange nicht am Ende dieses wichtigen Prozesses. Daher, lassen Sie uns diesen weiter gemeinsam gestalten.



Mit freundlichem Gruß

Ihr

Ulrich Mädge
Oberbürgermeister der Hansestadt
Lüneburg



Der Stadtforst umfasst 1.763 ha,
mehr als 200 ha Naturwald werden
nicht bewirtschaftet.

EINLEITUNG

Nachhaltige Entwicklung ist eine nicht mehr wegzudenkende Querschnittsaufgabe für Stadtverwaltung, Politik, Wirtschaft und Einwohnerinnen und Einwohner.

Ich freue mich, dass der erste Nachhaltigkeitsbericht der Hansestadt Lüneburg nun vorliegt. Dieser zeigt neben einer thematischen Einordnung auch eine Auswahl der Bereiche auf, in denen wir als Hansestadt Lüneburg aktiv sind, um eine nachhaltige Entwicklung zu gestalten. In der Hansestadt reicht nachhaltiges Handeln von der Stadt- und Mobilitätsplanung über den Versorgungsauftrag bis hin zur Bewusstseinsbildung. Daher sind Politik und Verwaltung, Handel, Gewerbe, Bildungseinrichtungen und letztlich jeder Einzelne aufgefordert, einen Beitrag zu leisten.

Auch als Stadtverwaltung nehmen wir das Thema verstärkt in den Fokus: Seit 2012 koordinierte der Nachhaltigkeitsbeauftragte bei der Hansestadt Lüneburg als Schnittstelle viele Projekte mit der Leuphana zur nachhaltigen Entwicklung in Stadt und Landkreis. Im Jahr 2019 haben wir den Bereich Nachhaltigkeit und Mobilität neu geschaffen, um diesem Thema das nötige Gewicht zu verleihen. Die wachsenden Aufgaben und der personelle Zuwachs führen nun dazu, beide Themen in eigenständigen Bereichen bearbeiten zu lassen.

In Zukunft wird es mehr denn je darum gehen, Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Handeln auf kommunaler Ebene globale Auswirkungen hat und wir daher die Nachhaltigkeitsziele im Verwaltungshandeln verankern müssen.

So ist dieser Nachhaltigkeitsbericht als ein erster Aufschlag zu verstehen der Grundlage ist, um auch weiterhin ganz aktiv etwas zu bewirken.

Das gelingt am besten gemeinsam: An unserem Projekt „Lüneburg – Die Zukunftsstadt 2030“, sehen wir, wie gut die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Einwohnerinnen



und Einwohnern und der Leuphana Universität funktioniert. Wir sind stolz, dass Lüneburg von der Jury des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu einer von bundesweit acht Zukunftsstädten ernannt wurde. Damit erhält die Hansestadt insgesamt 1,5 Millionen Euro Fördermittel für die Erprobung und Umsetzung der Ideen in sogenannten Reallaboren in der Praxis. Vom Lieferservice mit Fahrrädern über eine Servicestelle Ehrenamt bis hin zu Zukunftswerkstätten mit Jugendlichen wollen wir hier testen wie wir in Zukunft nachhaltiger zusammenleben können.

Diese Ideen wollen wir auch zukünftig weiterdenken und –entwickeln, um den Prozess für mehr Nachhaltigkeit konstruktiv zu gestalten. Dieser Nachhaltigkeitsbericht zeigt: Wir haben gemeinsam schon viel erreicht. In Zukunft wird es mehr denn je darum gehen, das Bewusstsein für die globalen Auswirkungen des kommunalen Handelns zu schaffen und die Nachhaltigkeitsziele konsequent umzusetzen.

Viel Freude beim Lesen!

Ihr

Markus Moßmann
Stadtrat für Nachhaltigkeit, Sicherheit
und Recht

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG AUF GLOBALER UND NATIONALER EBENE

Weitere Infos:

Vereinte Nationen zur Agenda 21



Vereinte Nationen zur Agenda 2030



Bundesregierung: zur Agenda 2030



17 SDGs



Was heißt Nachhaltigkeit?

Der Begriff Nachhaltigkeit wird in die Anfänge des 18. Jahrhunderts zurückgeführt. Im Jahr 1713 empfiehlt der Oberberghauptmann Carl von Carlowitz eine „continuierliche, beständige und nachhaltige Nutzung“ des Waldes. Ihm ging es dabei um eine dauerhafte Holzversorgung zur Absicherung der Bergwerksstollen und zur Nutzung als Brennmaterial. Seine Schrift führte zum Grundsatz der modernen Forstwirtschaft. Diese besagt unter anderem, in einem Jahr nur so viel Bäume zu fällen, wie auch nachwachsen können, damit der Wald langfristig erhalten und bewirtschaftet werden kann. Das entspricht sinngemäß dem Leitbild der Nachhaltigkeit und lässt sich auch auf andere Bereiche übertragen.

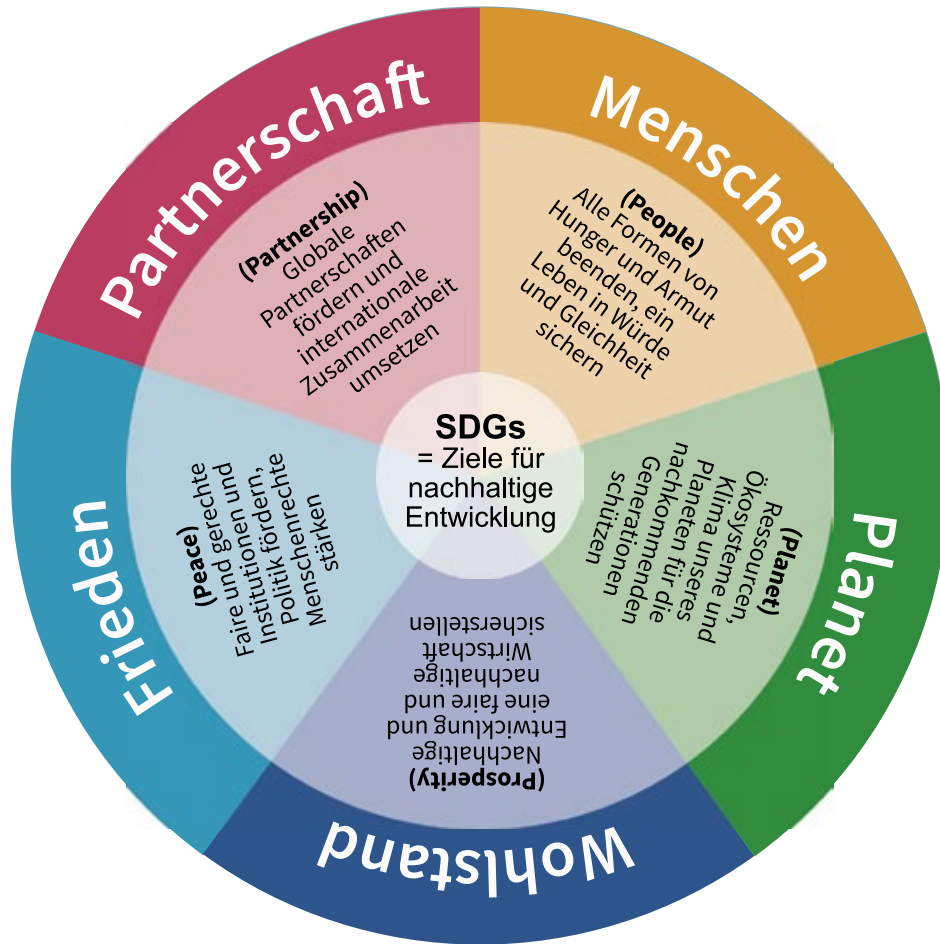
Aber erst einige Jahrhunderte später befasste sich die Weltgemeinschaft mit den immer sichtbarer werdenden Problemen der Armut, Umweltverschmutzung und der Zerstörung von Lebensräumen. Daraus ging im Jahr 1987 der Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung an die Vereinten Nationen hervor. Dieser Bericht beschreibt eine Nachhaltige Entwicklung als eine „Entwicklung, die die Bedürfnisse der heutigen Generationen

befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“.

Von der Agenda 21 zu den 17 Nachhaltigkeitszielen

Dieser sogenannte Brundlandt-Bericht lieferte die wissenschaftliche Grundlage für die Beschlüsse der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro. Dort haben sich die Vereinten Nationen 1992 zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung bekannt und formulierten mit der „Agenda 21“ ein globales Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. Alle anwesenden Staatsoberhäupter erklärten sich bereit, gemeinsam mit der Gesellschaft und der Wirtschaft in ihren Ländern den Prozess für eine nachhaltige Entwicklung zu starten. Trotz einiger Teilerfolge zeigte sich in den folgenden Jahrzehnten, dass die Anstrengungen nicht ausreichend waren. Daher verabschiedeten die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf ihrer Generalversammlung im Jahr 2015 die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die auch als ‚Weltzukunftsvertrag‘ bezeichnet wird. Die Länder der Erde machten damit erneut deutlich, dass die globalen Herausforderungen nur gemeinsam lösbar sind. Kernstück der Agenda 2030 sind die 17 Ziele für





eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs).

Sie skizzieren, wie auf der Erde bis zum Jahr 2030 der wirtschaftliche Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit verknüpft wird und dabei die ökologischen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Dabei gibt es je nach Land unterschiedliche Problemlagen und damit auch verschiedene inhaltliche Schwerpunkte. Die 169 Unterziele (targets) konkretisieren und differenzieren das entsprechend. Die Präambel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung benennt fünf Kernbotschaften, die den 17 Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) als handlungsleitende Prinzipien vorangestellt sind. Das sind die sogenannten 5 P's aus den englischen Begriffen People (Mensch), Planet (Planet), Prosperity (Wohlstand), Peace (Frieden), Partnership (Partnerschaft).

Die Nachhaltigkeitsstrategien für Deutschland und Niedersachsen

Die Bundesregierung beschloss 2002 ihre erste Nachhaltigkeitsstrategie, die regelmäßig aktualisiert und fortgeschrieben wird. Seit 2016 wird sie an den 17 Nachhaltigkeitszielen ausgerichtet; die aktuellste Fassung ist von 2021. In Niedersachsen wurde 2018 eine Nachhaltigkeitsstrategie formuliert, die sich ebenfalls an den 17 Nachhaltigkeitszielen orientiert. Der Fortschrittsbericht von 2020 beschreibt in 28 Handlungsfeldern anhand von insgesamt 69 Indikatoren die Entwicklung der letzten beiden Jahre und soll in einigen Jahren erneut aktualisiert werden.

Weitere Infos zu Nachhaltigkeitsstrategie im Bund und in Niedersachsen:

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie



Indikatoren der UN Nachhaltigkeitsziele



Nachhaltigkeitsstrategie in Niedersachsen



Netzwerk RENN.nord



DIE SDGs IM ÜBERBLICK



LÜNEBURGS WEG ZU EINER NACHHALTIGEN KOMMUNE



Alle politischen Ebenen betonen, dass die Kommunen eine entscheidende Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung spielen. Dieser Gedanke wurde bereits mit Initiativen zu einer Lokalen Agenda 21 in vielen Kommunen umgesetzt. In der Agenda 2030 wird mit dem Nachhaltigkeitsziel 11 explizit die Verantwortung der Landkreise, Städte und Gemeinden in den Blick gerückt. Als Teilziele werden zum Beispiel eine nachhaltige Stadtentwicklung, die Erhaltung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, ein wirksamer Katastrophenschutz oder für alle zugängliche Verkehrssysteme genannt. Neben diesem Ziel beinhalten auch die anderen Nachhaltigkeitsziele Handlungsfelder der kommunalen Ebene.



BKlima-Bündnis

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre hat sich die Stadt Lüneburg auf den Weg zu einer Nachhaltigen Stadt gemacht und dies 1991 durch die Unterzeichnung des „Manifestes der Europäischen Städte und der Indianervölker Amazoniens für den Schutz des Regenwaldes, des Klimas und des Lebens der Menschheit“ zum Ausdruck gebracht. Dieses Bündnis der Europäischen Städte hat sich dann als Klima-Bündnis formal als Verein gegründet, in dem die Stadt Lüneburg seit 1993 ununterbrochen Mitglied ist. Im Klimabündnis arbeiten heute mehr als 1.800 Kommunen aus 27 europäischen Staaten sowie Nicht-Regierungs-Organisationen aktiv daran, den Klimawandel zu bekämpfen und kein Tropenholz zu verwenden.

Das Klima-Bündnis ist u.a. der Organisator der Fahrradkampagne STADTRADELN, an dem sich Lüneburg seit 2017 aktiv beteiligt (siehe Seite 30).

Lüneburger Lokale Agenda 21

1995 wurde eine Koordinationsstelle Agenda 21 in der Stadtverwaltung eingerichtet, die die Öffentlichkeit und gesellschaftliche Gruppen zur Beteiligung eingeladen hat, eine Lokale Agenda 21 zu entwickeln. Neben vielen Aktivitäten wurde auch ein „Runder Tisch Klimaschutz“ ins Leben gerufen.



Weitere Infos:

Klima-Bündnis



Dialog Nachhaltige Stadt



Oberbürgermeister Ulrich Mäde hat gemeinsam mit den Oberbürgermeistern aus Augsburg, Bonn, Erfurt, Freiburg, Friedrichshafen, Hannover, Heidelberg, Konstanz, Leipzig, Ludwigsburg, München, Norderstedt, Nürnberg, Ravensburg und Tübingen, initiiert durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung, im Jahr 2010 das Netzwerk der Oberbürgermeister gegründet. Diese haben im Dialog „Nachhaltige Stadt“ folgende Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen formuliert:

Weitere Infos

Global Nachhaltige Kommune Niedersachsen



I. Nachhaltigkeit muss von den Menschen her gedacht werden: konkret, lebendig, zupackend, mit Perspektive und gemeinsam mit den Menschen, die sich bereits jetzt in zunehmendem Maße die Idee der Nachhaltigkeit zu eigen machen.

Deshalb setzen wir auf Dialog, Partizipation und die Übernahme von Verantwortung und geben der Nachhaltigkeit durch konkrete Projekte vor Ort ein Gesicht.

II. Nachhaltigkeit bedeutet, nicht mehr Ressourcen zu verbrauchen, als zur Verfügung stehen – auch in finanzieller Hinsicht. Deshalb setzen wir uns für einen ausgeglichenen Haushalt und den Schuldenabbau zugunsten kommender Generationen ein und fordern eine strukturelle Entlastung der Kommunen.

III. Eine nachhaltige Entwicklung erfordert die Integration der Ressorts und Sachfragen in eine große Perspektive. Deshalb machen wir Nachhaltigkeit zur Chefsache und integrieren diese Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung.

IV. Die Kraft zu einer nachhaltigen Entwicklung kann nur zustande kommen, wenn alle staatlichen Ebenen an einem Strang ziehen. Deshalb wollen wir eine stärkere Abstimmung zwischen den Kommunen, den Ländern, dem Bund und der Europäischen Union.

(Quelle: Strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen, Hrsg. Durch die Oberbürgermeister im Auftrag durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung, Text Nr. 33, Oktober 2010)

**Global Nachhaltige
Kommune
Niedersachsen**


Die Hansestadt beteiligte sich gemeinschaftlich mit dem Landkreis

Lüneburg am Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ zusammen mit 11 anderen niedersächsischen Kommunen. Das Projekt wurde von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) unterstützt und gefördert. Ziel war es, die 17 Nachhaltigkeitsziele mit dem Verwaltungshandeln zu verknüpfen und zu ausgewählten Schwerpunkten ein erstes Handlungsprogramm für 2030 zu entwerfen. In mehreren Vernetzungstreffen tauschten die Kommunen ihre Aktivitäten aus, erhielten fachlichen Input und profitierten von den gegenseitigen Erfahrungen.

Resolution „2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“

Lüneburg hat die vom Deutschen Städtetag initiierte Resolution 2019 unterzeichnet und gehört damit zu den 191 Zeichnungs-Kommunen in Deutschland (Stand: September 2021). Damit hat Lüneburg die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch auf einer breiten Ebene. Dies schafft viele Anregungen zur Realisierung der Nachhaltigkeitsziele für die kommunale Praxis.

Durch die vielfältigen Aktivitäten und Teilnahme an verschiedenen Bündnissen und Netzwerken ist Lüneburg in der Region, im Land und durch das Klima-Bündnis sogar international auf europäischer Ebene vernetzt. Um aus dieser Vernetzung und dem daraus erworbenen Wissen und Erfahrungsaustausch auch konkrete Handlungen folgen zu lassen, bedarf es einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit, einer Netzwerkbildung vor Ort und der Initiierung oder Kooperation bei konkreten Projekten. An dieser Stelle werden einige Projekte aufgelistet, die übergeordneten Charakter haben und daher nicht in den folgenden fachspezifischen Kapiteln ausgeführt werden.



„Fairtrade- Town“

Fairtrade-Towns verfolgen das Ziel, das Bewusstsein für einen nachhaltigen und fairen Konsum zu stärken und eine Verhaltensänderung zu bewirken. Fairtrade-Towns fördern somit den fairen Handel auf kommunaler Ebene und sind das Ergebnis einer erfolgreichen Vernetzung von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft, die sich gemeinsam lokal für den fairen Handel stark machen.

Bereits vor 10 Jahren hat sich die Hansestadt Lüneburg auf den Weg gemacht, das Thema des Fairen Handels stärker in Verwaltung und Stadtgesellschaft zu verankern. Im Jahr 2012 wurde der Hansestadt Lüneburg als 105. Stadt erstmalig der Titel „Fairtrade Town“ verliehen. In diesem Zusammenhang wird gemäß Ratsbeschluss (VO/4518/12) seit 2012 bei allen Ratssitzungen, Ausschusssitzungen sowie im Bereich des Büros des Oberbürgermeisters nur noch Kaffee aus fairem Handel verwendet. Dank des großen Engagements der Lüneburgerinnen und Lüneburger und der erfolgreichen Arbeit des Steuerungskreises Fairtrade wurde der Titel 2014 bestätigt und die Gültigkeit bis 2018 verlängert. Dieser Titel, und auch die verliehene Urkunde sind ein sichtbares Zeichen der bisher erreichten Erfolge für Fairen Handel in unserer Stadtgesellschaft. Zurzeit wird der Prozess zur Erneuerung des Titels angestoßen.

hinzuweisen und diese in Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik bekannt zu machen. Der Nachhaltigkeitsrat hat sich auch in die Debatte um die Identifizierung von Nachhaltigkeits-Indikatoren für Lüneburg eingebracht und beobachtet aktuell die Umsetzung der SDGs auf lokaler Ebene.



Earth Hour

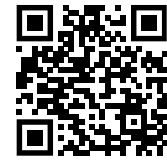
Die Earth Hour ist eine seit 2007 regelmäßig stattfindende große Klima- und Umweltschutzaktion, die der World Wide Fund For Nature (WWF) ins Leben gerufen hat. Die Idee dahinter ist, dass einmal im Jahr Millionen Menschen auf der ganzen Welt für eine Stunde das Licht ausschalten. Auch viele tausend Städte machen jährlich bei der Aktion mit und hüllen ihre bekanntesten Bauwerke in Dunkelheit. Ziel ist es, gemeinsam ein Zeichen für den Umwelt- und Klimaschutz zu setzen. Die Hansestadt Lüneburg beteiligt sich seit 2013 jährlich an dieser Aktion und schaltet die Straßenbeleuchtung rund um den Marktplatz sowie die Außenbeleuchtung des Rathauses und Heinrich-Heine-Hauses für eine Stunde ab und unterstützt somit sichtbar die Klimaaktion des WWF.

Weitere Infos:

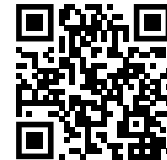
Fairtrade Town



Nachhaltigkeitsrat Lüneburg



Earth Hour



Servicestelle Kommunen in der Einen Welt



WWF



Nachhaltigkeitsrat Lüneburg

In Lüneburg gibt es seit 2005 einen Nachhaltigkeitsrat. Dieser Lüneburger Nachhaltigkeitsrat ist unabhängig und ein selbständig organisiertes Gremium, das sich aus Vertretern verschiedener in Lüneburg relevanter gesellschaftlicher Institutionen zusammensetzt. Der Nachhaltigkeitsrat ist nicht an die Verwaltung gebunden und parteipolitisch neutral. Ziel des Nachhaltigkeitsrates ist es, fachliche Expertise im Kontext Nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene in der Stadt und dem Landkreis zusammenzubringen, auf konkrete Lösungen vor Ort

ZIELE UND AUFBAU DES NACHHALTIGKEITSBERICHTS

Inhalte des Nachhaltigkeitsberichts

Bereits im Jahr 2017 stimmten alle Fraktionen des Rates der Hansestadt Lüneburg darin überein, dass ein Nachhaltigkeitsbericht für die Hansestadt Lüneburg erstellt werden soll (VO/7281/17-1). Bis zur Vorlage dieses ersten Nachhaltigkeitsberichtes wurde eine interfraktionelle Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich inhaltlich mit dem Aufwand, den Themenfeldern und möglichen Indikatoren beschäftigt hat.

Die Erstellung eines solchen Nachhaltigkeitsberichtes ist eine sehr umfangreiche Arbeit, die nicht etwa als „Nebenprodukt“ des täglichen Verwaltungshandelns anfällt.

Erst mit der Schaffung des Bereichs 34 – Nachhaltigkeit und Mobilität im Jahr 2019 wurde die Aufgabe zur Erstellung des Nachhaltigkeitsberichtes formell zugeordnet.

Der nun vorgelegte erste Nachhaltigkeitsbericht bietet einen Überblick zu den Themen, in denen die Verwaltung sowie kommunale Gesellschaften bereits aktiv sind, um eine nachhaltige Entwicklung in Lüneburg zu erreichen. Anhand der aktuellen Organisationsstruktur der Hansestadt wird dargestellt, welche Nachhaltigkeitsziele bereits bearbeitet werden. Teilweise sind dies Pflichtaufgaben des kommunalen Handelns. Vielfach sind es aber auch sogenannte freiwillige Leistungen zu stemmen, um die Nachhaltigkeitsziele im Sinne der Agenda 2030 zu erreichen, für die die Kommunen keine finanziellen Mittel seitens Bund und Länder erhalten.

Immer dort, wo es möglich wurde, sind neben einer qualitativen Beschreibung der Aktivitäten auch Kennzahlen und Daten im Bericht enthalten, um ein möglichst umfangreiches und aussagekräftiges Bild der Aktivitäten für eine Nachhaltige Entwicklung darzustellen. Der Bericht ist jedoch kein indikatorenbasierter Bericht. Dafür wäre es

erforderlich, geeignete Indikatoren zu definieren, die über den Zustand oder die Erreichung vorab beschlossener Ziele Auskunft geben können.

Dieser Bericht beschreibt jene Bereiche, für die die Hansestadt und ausgewählte Betriebe oder Gesellschaften der Stadt verantwortlich sind. Verwaltung und Politik sind sich aber darüber bewusst, wie umfangreich und wichtig die Aktivitäten der Zivilgesellschaft, von den Verbänden und Vereinen, Initiativen und jeder Lüneburgerin und jedem Lüneburger sind, denn das Engagement der gesamten Gesellschaft trägt maßgeblich zur Erreichung der Ziele bei und ist unverzichtbar.

Exkurs: Der Diskurs zur Nachhaltigkeitsmessung in Lüneburg

An der Leuphana Universität hat im Rahmen des Masterstudienganges Nachhaltigkeitswissenschaften 2011 bis 2012 ein transdisziplinäres Forschungsprojekt LÜNESCO (Lüneburg Network for a Sustainable Community“) in Kooperation mit der Stadtverwaltung eine Diskussionsgrundlage für ein Stadtmonitoring erarbeitet. Es wurden Handlungsfelder vorgeschlagen, die in strukturellen und thematischen Bereichen gegliedert wurden.

Strukturelle Handlungsfelder

- Information und Bewusstseinsbildung
- Vernetzung und Kooperation
- Strategie und Ziele
- Initiative und Implementation
- Partizipation

Thematische Handlungsfelder

- Energie und Klima
- Bildung und Forschung
- Mobilität und Infrastruktur

- Flächennutzung
- Wohnen und Sozialräumliche Integration
- Regionalität, Wirtschaft und Konsum
- Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit
- Natur und Umweltschutz
- Finanzen und Haushalt

Quelle: Handlungsfeldkatalog nach LÜNESCO 2012,
eigene Darstellung

Aus diesen Handlungsfeldern wurden für die thematischen Handlungsfelder Mobilität und Infrastruktur sowie Flächennutzung Indikatoren vorgeschlagen. Im Projektverlauf zeigte sich jedoch, dass Daten nur eingeschränkt verfügbar waren bzw. in aufwändigen Erhebungen hätten erstellt werden müssen. Deutlich wird dies insbesondere am Indikator „Modal Split“, also dem Anteil der einzelnen Verkehrsmittel (zu Fuß, Fahrrad, PKW, ÖPNV) an allen in der Stadt zurückgelegten Wegen. Zielaussagen zu einem anzustrebenden Modal Split finden sich in der aktuellen Radverkehrsstrategie 2025+.

Die ermittelten Daten zu den Indikatoren der Flächennutzung werden für diesen ersten Nachhaltigkeitsbericht beim Projekt SUSTIL (siehe Seite 32) dargestellt.



Im Rahmen der Entwicklung des Lüneburger Nachhaltigkeitsberichtes wurde auch die Indikatorenübersicht im SDG-Portal der Bertelsmann-Stiftung analysiert und in der interfraktionellen Arbeitsgruppe beraten.

Im SDG-Portal werden für viele Kommunen bzw. Landkreise in Deutschland, Indikatoren dargestellt, die eine Aussage zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN treffen sollen. Die Indikatoren, die in diesem Onlineportal für jeden zugänglich sind, sind speziell auf kommunale Daten abgestellt. Alle enthaltenen Daten, auch die der Hansestadt Lüneburg, sind aus öffentlich zugänglichen Statistiken und Datenbanken zusammengetragen. Leider sind aber die Datenverfügbarkeiten für viele der Indikatoren noch nicht zufriedenstellend, so dass bei einigen der Nachhaltigkeitszielen nur

Werte für einen Indikator oder teilweise gar keine Informationen dargestellt werden können. Ein Blick in das SDG-Portal lohnt sich dennoch für alle interessierten Leser.

Weitere Infos:

SDG-Portal



Bisherige Veröffentlichungen zu Umwelt-, Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Bereits im Jahr 2007 wurden in der Broschüre „Kommunaler Klimaschutz in Lüneburg“ die vielfältigen Aktivitäten der Hansestadt dargestellt. Damit kann diese Broschüre als ein Vorläufer des jetzigen Nachhaltigkeitsberichtes angesehen werden.



Darüber hinaus gibt es aus den vergangenen Jahren zahlreiche Dokumentationen über Projekte und Aktivitäten in Lüneburg, die unter anderen die Themen Umweltschutz, Klimawandel, Zukunftsfähigkeit, Partizipation, Agenda 21 oder Integration beleuchten.

Als Vorstufe für einen Indikatorenbericht kann der Umweltbericht der Stadt Lüneburg von Anfang der 1990er Jahre angesehen werden, den das damalige Amt für Umweltschutz (heute Bereich Umwelt der Hansestadt Lüneburg) vorgelegt hat. Neben den Themen zum innerstädtischen Grün und dem Forst sind dort auch die klassischen Umweltschutzthemen zu Wasser (Wassergüte in der Ilmenau), zur Energie (Betriebsindikatoren der HASTRA), zu Altlasten, zum Abwasser und Müllentsorgung sowie zu Luftmesswerten aus dem Jahr 1989 und 1990 aufgezeigt.

THEMENFELDER IN DER STADTVERWALTUNG

Weitere Infos:

Vorlagen lassen sich anhand der Nummer im Bürgerinformationssystem finden



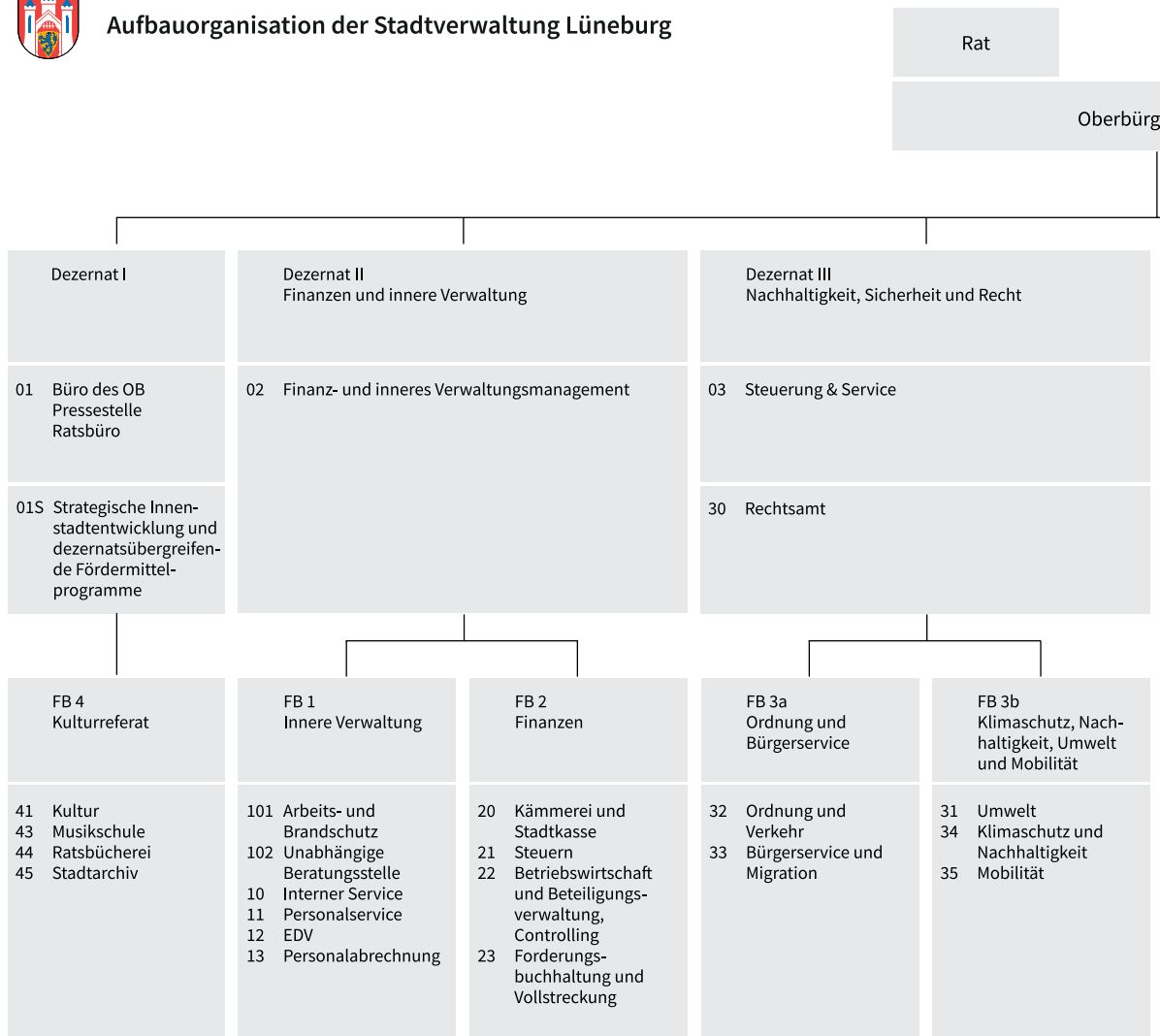
Den einzelnen Themenfeldern bzw. Arbeitsbereichen werden die jeweils maßgeblichen SDGs zugeordnet. In Einzelfällen werden auch Ausführungen zu den Unterzielen gemacht. Häufig gibt es bei den Themen aber auch Überschneidungen zu anderen SDGs, die im Einzelnen aber nicht immer alle aufgelistet werden. Im Rahmen dieses ersten Nachhaltigkeitsberichtes hätte es den Rahmen gesprengt, den konkreten Bezug zu allen 169 Unterziele darzustellen. Im Übrigen haben einzelne Unterziele keine bzw. nur eine sehr eingeschränkte Relevanz für Lüneburg. Die vorliegende Darstellung soll daher als erste Orientierung verstanden werden.



Immer dort, wo konkrete Beschlüsse durch einen Ausschuss oder den Rat der Hansestadt Lüneburg selbst beschlossen wurde, werden diese auch mit Ihrer Vorlagennummer angegeben. Öffentliche Ratsvorlagen sind im kommunalen Bürgerinformationssystem über die Webseite der Hansestadt Lüneburg für jeden frei zugänglich. Die öffentliche Darstellung aller Beschlüsse dient damit bereits dem SDG 16, denn gemäß Unterziel 16.6 sollen Institutionen auf allen Ebenen neben der Leistungsfähigkeit und Rechenschaftspflicht auch transparent sein.



Aufbauorganisation der Stadtverwaltung Lüneburg



1. Organisation und Gleichstellung

In dem Themenfeld „Organisation und Gleichstellung“ finden sich in erster Linie die Aufgabenbereiche des Dezernats II der Lüneburger Verwaltung und des Gleichstellungsbüros wieder. Das Dezernat II umfasst die Fachbereiche Innere Verwaltung und Finanzen. Der Inneren Verwaltung sind der „Arbeits- und Brandschutz“, die „Unabhängige Beratungsstelle“, das „Datenschutzmanagement“, der „Interne Service“ und der „Personalservice“ sowie der Bereich „EDV“ und die „Personalabrechnung“ zuzuordnen. Zu dem Bereich Finanzen gibt es in diesem Bericht keine Ausführungen, da es mit dem Haushaltsbericht bereits eine umfassende Darstellung des Gesamthaushalts vorliegt.

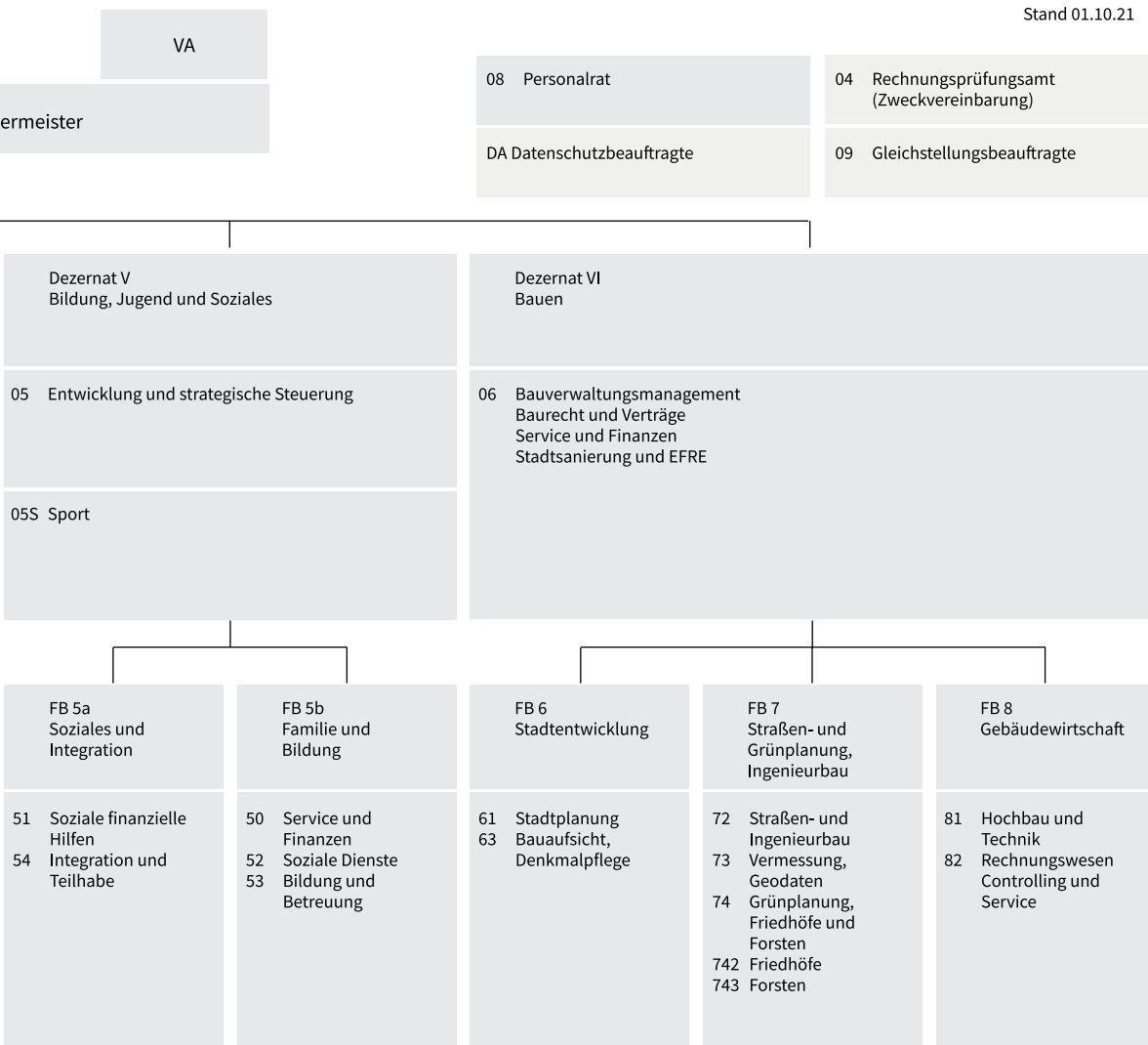
Organisation und Beschaffung



Richtlinie zur Beschaffung von Produkten

Das Unterziel 12.7 beinhaltet die Aufstellung und Beachtung nachhaltiger Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung. Die Stadt hat bereits vor der Formulierung der SDGs begonnen, eine umweltfreundliche Beschaffung zu etablieren und 1992 eine erste Richtlinie hierzu erstellt. Aufgrund des Beitritts der Stadt Lüneburg zum Klimabündnis hat sich Lüneburg verpflichtet, auf die Verwendung tropischer Hölzer zu verzichten. Daher war es folgerichtig, die Verwendung von Tropenholz in der Beschaffungsrichtlinie von Beginn an auszuschließen. Die ursprüngliche Richtlinie wurde bis heute mehrfach angepasst und heißt aktuell

Stand 01.10.21



„Richtlinie der Hansestadt Lüneburg zur nachhaltigen Beschaffung“ (VO/9558/21). Mit der aktualisierten Fassung vom Juli 2021 werden faire und soziale Kriterien in größerem Umfang vorgegeben. Hiernach sind bei allen Beschaffungen im Rahmen der Bedarfsermittlung, der Planung, der Festlegung der Leistungsanforderungen und der Wertung von Angeboten folgende Kriterien berücksichtigt werden:

- geringer Ressourcenverbrauch,
- Abfallvermeidung,
- Klima- und Umweltfreundlichkeit,
- Sozialstandards.

Die Richtlinie gilt für alle städtischen Dienststellen und wird auf alle Lieferungen, Bauleistungen und Dienstleistungen angewendet. Die Dienststellen prüfen, ob die Neubeschaffung wirklich erforderlich ist oder ob die Weiternutzung oder Reparatur die wirtschaftlichere und nachhaltigere Lösung darstellt. Zudem informieren sie sich im Vorfeld über auf dem Markt befindliche umweltfreundliche und sozialverträglich hergestellte Produkte, Technologien und Herstellungsverfahren.

Für bestimmte Produktgruppen gibt es spezifischere Kriterien, z.B. Papierprodukte, Büromaterialien- und -geräte, EDV, Beleuchtungs- und Haushaltsgeräte, Textilien, Fahrzeuge usw. Einige davon werden beispielhaft vorgestellt.

Papier

Beim Einkauf von Papier wird auf das Label „Blauer Engel“ geachtet, das besagt, dass die Faserstoffe aus Altpapier bestehen oder, dass das Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft hergestellt wurde. Hierzu ist eine FSC-Zertifizierung (Forest Stewardship Council) erforderlich.

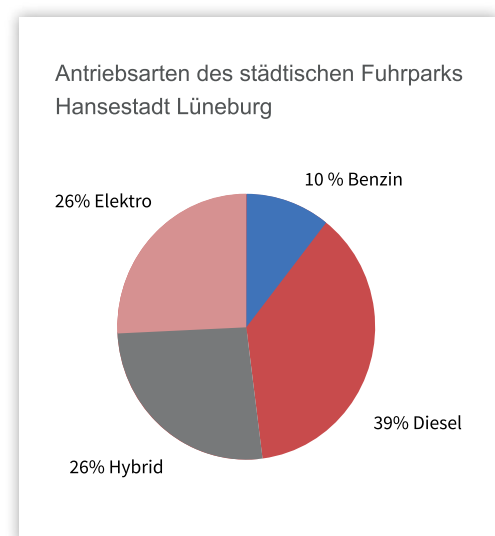
Multifunktionsgeräten

Die Verwaltung möchte den Verbrauch an Strom, Papier und Tinte beim Einsatz der Drucker und Kopiergeräte verringern, denn in der Verwaltung werden jeden Monat über 250.000 Schwarzweiß und Farbkopien oder Ausdrücke erstellt; in allen Bereichen der Stadtverwaltung also inklusive der Schulen, Kitas,

Feuerweher, Stadteiltreffs und weiterer sogar insgesamt mehr als 600.000 jeden Monat. Dafür wurde in einem ersten Schritt im Jahr 2020 eine Analyse zu Anzahl und Nutzung der Geräte durchgeführt, um darauf basierend Verbesserungen bzw. Einsparungen vornehmen zu können. Erste Empfehlungen sind z.B. eine deutliche Reduzierung der Geräte von 788 auf unter 400 und der Gerätemodelle von 95 auf weniger als 10. Letzteres erleichtert auch die Betreuung und Wartung. Damit sollen neben der Schonung der Ressourcen auch Kosten gespart werden, der Datenschutz erhöht und die Arbeitseffizienz gesteigert werden. Die Umsetzung erfolgt Schritt für Schritt.

E-Autos als Dienstfahrzeuge

Für Dienstfahrten werden derzeit in der Verwaltung fünf elektrische PKWs eingesetzt z.B. im Ordnungsamt oder der Gebäudewirtschaft. Damit werden knapp 30 % des Gesamtfuhrparks elektrisch betrieben (Tendenz steigend). Beim turnusgemäßen Austausch bzw. der Neuananschaffung greift die aktuelle Beschaffungsrichtlinie. Nachdem der Bedarf eines neuen Fahrzeuges festgestellt wurde, wird entschieden, welches Fahrzeug unter Wirtschaftlichkeits-, Umwelt- und Energieeffizienzkriterien die beste Lösung ist. Vorzugsweise sollen weitere Elektrofahrzeuge angeschafft werden.







Dienstfahräder

Die Stadt besitzt aktuell sechs Dienstfahräder. Zwei stehen im Bereich Umwelt, zwei im Bereich Ordnung und zwei im Bereich Innere Verwaltung zur Verfügung. Die letzten beiden sind für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausleihbar wie andere Dienstfahrzeuge der Stadtverwaltung auch. Das Stadtarchiv nutzt bereits ein Lastenrad zum Transport von Akten; die weitere Anschaffung von Lastenrädern für die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter wird geplant.

Klimaschonende Dienstreisen und Kompensation der CO₂-Emissionen

Bei Dienstreisen werden die klimaschonenden Verkehrsträger (Bahn bzw. Bus) bevorzugt. Nicht vermeidbare dienstliche Fahrten mit dem PKW und Reisen

mit dem Flugzeug werden seit 2019 über eine Zahlung an den stadt-eigenen Klimafonds ausgeglichen (VO/9180/20). Die Höhe der Kompensation wird wie folgt berechnet:

-  Mit Hilfe des CO₂-Rechners des Anbieters „myclimate“ wird die Menge der CO₂-Emissionen, die durch dienstliche Fahrten per Pkw verursacht werden, berechnet.
-  Mit Hilfe eines Online-Rechners der Firma „atmosfair“ wird die Menge der CO₂-Emissionen, die durch Dienstreisen per Flugzeug verursacht werden, bestimmt. Entsprechend der CO₂-Steuer werden im Jahr 2021 25 € pro Tonne CO₂ veranschlagt.

In den Jahren 2019 und 2020 fielen 193.591 km (2019) bzw. 200.455 km (2020) an. Legt man die direkte Entfernung per Luftlinie zugrunde, entspricht dies ungefähr 22 Fahrten von Lüneburg zu der Partnerstadt Naruto in Japan. Zur Kompensation der Fahrten wurden 71 Tonnen CO₂ (2019) bzw. 60,13 Tonnen CO₂ ausgeglichen. Trotz erhöhter Fahrleistungen im Jahr 2020 ist aufgrund des verstärkten Einsatzes von E-Fahrzeugen der CO₂-Verbrauch der Fahrzeugflotte gesunken.

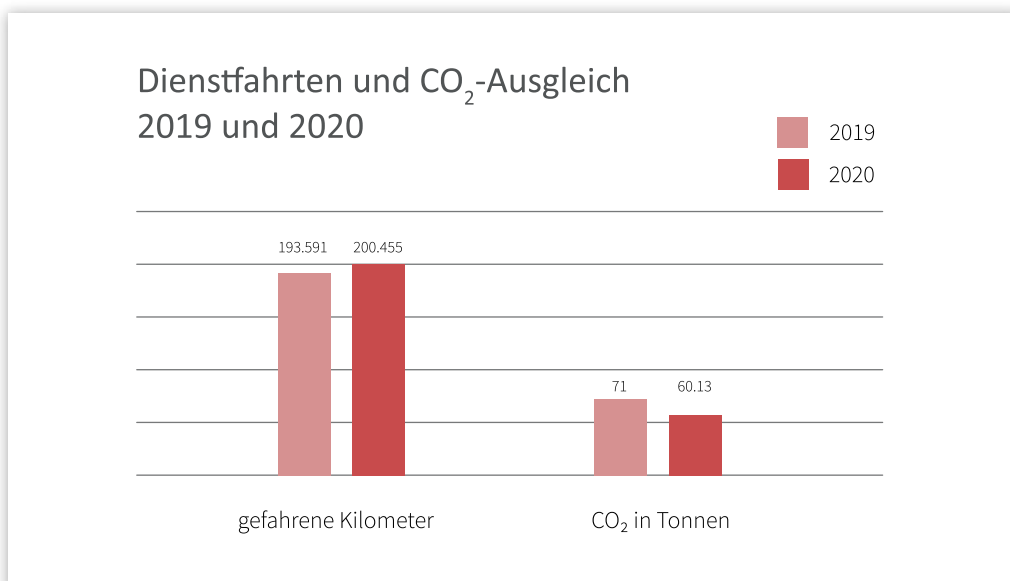
Im Jahr 2019 hat eine dienstliche Flugreise nach Tartu (Estland) stattgefunden. Für den Hin- und Rückflug ab Hamburg lässt sich bei 3.956 Flug-km eine Klimawirkung von 0,874 t CO₂ berechnen. Dies hat die Stadt mit 21,85 € kompensiert.

Weitere Infos:



Naruto ist die japanische Partnerstadt von Lüneburg und liegt ca. 8.900 km entfernt

Kompensationsberechnung:



Weitere Infos:

FaMi-Siegel

**Gleichstellung**

Die Stadt setzt die im Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz formulierten Vorgaben durch vielfältige Aktivitäten

um. Diese sind im Gleichstellungsplan festgehalten, der aktuell für die Jahre 2021 bis 2023 gilt. Er beschreibt Ziele und Maßnahmen zum Abbau von Unterrepräsentanzen und zur Verbesserung der Erwerbs- und Familienarbeit. Diese müssen bei allen anstehenden Personalmaßnahmen beachtet werden.

**Maßnahmen zum Abbau von Unterrepräsentanzen**

In den Stellenausschreibungen wird das jeweilige unterrepräsentierte

Geschlecht gezielt angesprochen. Jede ausgeschriebene Stelle wird als teilzeitgeeignet ausgeschrieben, sofern keine dienstliche Gründe nicht entgegenstehen. Die Gleichstellungsbeauftragte wird vor jeder Ausschreibung beteiligt und prüft diese Gründe.

Alle Beschäftigten haben die Möglichkeiten sich durch das Fortbildungsprogramm weiterzubilden, das flexibel und familienkompatibel gestaltet ist. Bei allen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ist bei gleicher Eignung zunächst das unterrepräsentierte Geschlecht zu bevorzugen. (Dies ist die Umsetzung des SDG Hochwertige Bildung / Unterziel 4.3: „Bis 2030 den gleichberechtigten Zugang aller Frauen und Männer zu einer erschwinglichen und hochwertigen fachlichen, beruflichen und tertiären Bildung einschließlich universitärer Bildung gewährleisten“)

Maßnahmen zur Verbesserung von Erwerbs- und Familienarbeit

Um die Attraktivität der Hansestadt als Arbeitgeberin zu steigern, unterstützt sie ihre Beschäftigten darin, Beruf und Familie bzw. Pflege besser zu vereinbaren. Dazu zählen folgende Maßnahmen:

- Anträge auf Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit werden oberste Priorität eingeräumt.
- Die Arbeitsplätze können über verschiedene Arbeitszeitmodelle gestaltet werden.
- Eine Dienstvereinbarung über Telearbeit soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.
- Über Intranet und E-Mail werden alle Beschäftigten gleichermaßen regelmäßig informiert.
- Rückkehrgespräche zur Vorbereitung auf den künftigen Arbeitsplatz finden auf Wunsch ab circa sechs Monate vor Ende der Beurlaubung statt.
- Für die Betreuung eines erkrankten Kindes oder Angehöriger werden Sonderurlaub oder Arbeitsbefreiung gewährt.
- Zur Gesundheitsförderung der Beschäftigten gibt es verschiedene Angebote, z.B. Sehtraining, gesunde Ernährung, Work-Life-Balance, Stressbewältigung und Burnout-Prävention.

In der Personalentwicklung werden ständig alle Bausteine überprüft und mit Blick auf die Gleichstellung weiterentwickelt und ergänzt. Um diese Bemühungen intern und extern zu kommunizieren, lässt sich die Stadt regelmäßig mit dem FaMi-Siegel für familienfreundliche Unternehmen in Nordostniedersachsen auszeichnen. Das FaMi-Siegel ist eine Gemeinschaftsinitiative von Überbetrieblicher Verbund Frau & Wirtschaft Lüneburg Uelzen e.V., IHK Lüneburg-Wolfsburg, DGB-Region Nordostniedersachsen, Wirtschaftsförderung mbH Stadt und Landkreis Lüneburg, Arbeitgeberverband Lüneburg Nordostniedersachsen e.V. Leuphana Universität Lüneburg, und der Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade.

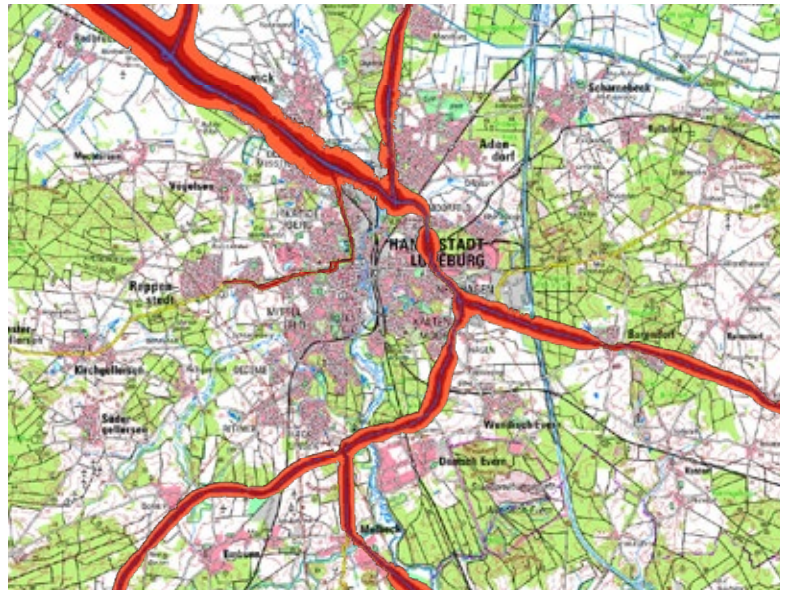


2. Umwelt, Nachhaltigkeit und Mobilität

In dem Themenfeld „Umwelt, Nachhaltigkeit und Mobilität“ finden sich in erster Linie die Aufgabenbereiche des Dezernats III „Nachhaltigkeit, Sicherheit und Recht“ wieder. In dem Dezernat ist zum einen der Fachbereich „Recht- und Bürgerservice“ angesiedelt. Zum anderen gibt es den Fachbereich „Ordnung, Umwelt, Nachhaltigkeit und Mobilität“, der entsprechend den Themen in vier Bereiche untergliedert ist. Folglich wird in diesem Dezernat eine Vielzahl von SDGs tangiert.

Umwelt

Der Bereich Umwelt der Hansestadt Lüneburg nimmt die Aufgaben der Unteren Wasserbehörde, der Unteren Immissionsschutzbehörde, der Unteren Abfallbehörde, der Unteren Bodenschutzbehörde und der Behörde zur Genehmigung der privaten Abwasseranlagen wahr. Damit werden hier im überwiegenden Maße Pflichtaufgaben der Gemeinde mittels Überwachung und Erteilung von Erlaubnissen oder Genehmigungen erfüllt. Aber auch wenn es sich um Pflichtaufgaben handelt, so dienen sie in erheblichem Umfang zum Erreichen der SDGs bzw. zum Erhalt und zur Verbesserung der Umweltbedingungen in Lüneburg. Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Öffentlichkeitsarbeit sind eher als freiwillige Aufgaben anzusehen.



Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten des Landesamtes für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen

Lärmkarten. Darüber können sich Bürgerinnen und Bürger informieren, wo bei ihnen vor Ort entlang von Hauptverkehrsstraßen (z.B. Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen), Haupteisenbahnstrecken, Flugplätzen und in Ballungsräumen Lärm entsteht, wie er sich verändert und wie viele Menschen davon betroffen sind. Es soll geklärt werden, welche Maßnahmen helfen können, den Lärm zu mindern. Ebenso soll allen die Möglichkeit gegeben werden, sich an der Lärmaktionsplanung zu beteiligen.

Der Lärmaktionsplan ist auf der Homepage der Hansestadt zugänglich und wird alle fünf Jahre aktualisiert.

Weitere Infos:

Lärmaktionsplan



Umweltkarten Niedersachsen



Lärmaktionsplan

Das SDG Gesundheit und Wohlergehen möchte ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr

Wohlergehen fördern.

„Wie kann es leiser werden?“ Diese Frage hat die Europäische Union (EU) mit der Verpflichtung beantwortet, Lärmaktionspläne (LAP) aufzustellen. Lärmaktionspläne sind Instrumente zur Regelung von Lärmproblemen und Lärmauswirkungen für die Umgebung von Hauptverkehrswegen. Die Grundlage der Lärmaktionspläne bilden sogenannte



Plastikarme Stadt

Um die Menge an Abfall zu verringern (Unterziel 12.5.) und die Belastung der Umwelt durch Plastikmüll zu verringern,

sollen im Stadtgebiet Alternativen zu Plastikprodukten verwendet bzw. wiederverwendbare Produkte eingesetzt werden. Innerhalb der Verwaltung und ihrer Einrichtungen wird daher Mehrweggeschirr benutzt. Einweggeschirr wird bereits durch die Beschaffungsrichtlinie ausgeschlossen. Bei der Vermietung von Veranstaltungsräumen steht ebenfalls Mehrweggeschirr zur Verfügung. Auf dem Weihnachtsmarkt ist

Weitere Infos:Mängelmelder zum
Thema Müll

der Ausschank von Getränken aller Art schon seit vielen Jahren nur in Gläsern oder Tassen gestattet.

**Saubere Stadt**

Zur dauerhaften Verringerung des Mülls hat die Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH (AGL) das Team „Saubere Stadt“ eingesetzt. Dieses arbeitet Hand in Hand mit der Gesellschaft für Abfallwirtschaft Lüneburg (GfA). Die Aufgabe ist es, gefährliche Abfälle sofort zu entsorgen. Auch der sogenannte „Wilde Müll“ wird zeitnah entfernt. Ergänzt wird dieser Service durch einen sogenannten „Mängelmelder“. Hier können die Bürgerinnen und Bürger über das Portal „Sag‘ uns einfach“ Fotos versenden und Plätze auf Karten markieren, auf denen Abfall bzw. wilder Müll liegt. Auch telefonisch können Meldungen über das sogenannte Umwelttelefon gemeldet werden.

**Wasser**

Die Hansestadt Lüneburg beteiligt sich an einem Grundwasser-managementkonzept, dessen Erstellung mit Mitteln des Landes Niedersachsen in Höhe von 270.000,- € gefördert wird. Das Konzept wird unter Federführung des Kreisverbandes der Wasser- und Bodenverbände Uelzen zusammen mit dem Landkreis Uelzen und dem Landkreis Lüneburg erarbeitet.

Im Gesamtgebiet, das betrachtet und erörtert wird, existieren 2.059 Brunnen zur Förderung von Grundwasser für die Feldberegnung und 118 Förderbrunnen zum Verwenden von Grundwasser als Trinkwasser und für gewerbliche und industrielle Zwecke, davon im Stadtgebiet 17 beziehungsweise 29 Brunnen.

Zunächst soll eine raumübergreifende Analyse des Dargebotes von Grundwasser, seiner Qualität und seiner Nutzung durchgeführt werden. Fachleute der vier am Projekt Beteiligten sowie externe Ingenieurbüros und

Hydrogeologen werden hinzugezogen. Im Jahr 2022 soll das Ergebnis – nach Befassung der beiden Kreistage und städtischen Rates - der Öffentlichkeit präsentiert werden. Handlungsempfehlungen zur zukünftigen Verwendung und zum sparsamen Verbrauch von Grundwasser sowie zum Erhalt seiner sehr guten Qualität werden formuliert. Ziel ist, diese Empfehlungen den Entscheidungsträgern von wasserrechtlichen Verfahren bezüglich der Nutzung von Grundwasser sowie dem Land Niedersachsen zuzuleiten, damit sie bei jeder Entscheidung in die Abwägung einfließen.

**Starkregenvorsorge**

Die Stadt erarbeitet ein Konzept zum Umgang mit lokal eingegrenztem Starkregen. Es geht dabei um die Verringerung von Schäden, die durch sehr hohe Niederschlagsmengen innerhalb kurzer Zeit entstehen können. Das Konzept trägt damit sowohl zu



Unterziel 13.1. bei, was die erhöhte Widerstandskraft gegenüber klimabedingten Katastrophen beinhaltet als auch zu Unterziel 11.5., was die Verringerung von Schäden bei Katastrophen betrifft. Dafür werden bisherige Starkregeneignisse ausgewertet und anhand von Risikokarten gefährdete Bereiche identifiziert („Hotspot-Analyse“). Ergänzend sollen für Maßnahmen der vorhandene Rechtsrahmen sowie vorhandene Förderprogramme ausgewertet werden. Darauf aufbauend werden Maßnahmen entwickelt und kommuniziert. Dazu gehören unter anderem die Neubewertung vorhandener Entwässerungs- und Rückhalteanlagen sowie ein Informationsprogramm unter Beteiligung der Handwerkerschaft.



Förderprogramm „Regenwassernutzung“

Das Förderprogramm trägt zu einem sorgsameren Umgang mit der Ressource Wasser bei (Unterziel 6.4). Regenwasser ist ein wichtiger Teil im Wasserkreislauf, da es oberirdische Gewässer und das Grundwasser auf-



füllt und so zu ihrem Erhalt beiträgt. Die Entnahme von Grundwasser durch den Menschen beeinflusst den natürlichen Wasserkreislauf und verringert die Grundwasserneubildung. Die Trinkwasserreserven werden durch Nutzung des Regenwassers geschont. Es sollen deshalb Anreize für einen umweltgerechten, nachhaltigen Umgang mit Regenwasser geschaffen werden, die auf der Zuführung unbelasteten Regenwassers von Dachflächen in den natürlichen Wasserkreislauf basieren.

Mit der im Juli 2021 durch den Rat beschlossenen Förderrichtlinie zur Regenwassernutzung (VO/9561/21) fördert die Hansestadt die Errichtung und Erweiterung von Anlagen zur Regenwasserspeicherung für die Gartenbewässerung. Die Förderrichtlinie ist dabei als Bestandteil der Maßnahme „Klimaanpassung“ des Klimaschutzplanes vorgesehen und dient somit zur Umsetzung der festgelegten Klimaschutzziele auf lokaler und übergeordneter Ebene.

Klimaschutz



Kooperationsvereinbarung Klimaschutzmanagement

Die Klimaschutzleitstelle der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg wurde 2008 geschaffen, um die vielfältigen und zahlreichen Themen zum Klimaschutz, welche von lokalem und regionalem Interesse



sind, zu bündeln. Seit 2021 gilt eine neue Kooperationsvereinbarung, die den Rahmen für die zukünftige Zusammenarbeit definiert und die Kräfte und Ressourcen bündelt. Insbesondere durch gemeinsame Projekte und inhaltlichen Austausch wird eine intensive Zusammenarbeit gepflegt.

Klimaschutzplan

Mit dem im Juni 2021 vom Rat verabschiedeten Klimaschutzplan (VO/9409/21) wird Lüneburg die kommunalen Klimaschutzaktivitäten weiter intensivieren. Der Klimaschutzplan dient als strategische Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe für aktuelle und zukünftige Maßnahmen und Projekte, um das Ziel des Landkreises zu unterstützen, bis 2030 klimaneutral zu werden (Kreistag – VO 2019/366). Der Klimaschutzplan ist fachübergreifend und knüpft an Vorhaben an, die bereits durchgeführt werden oder geplant sind. Während es einerseits gilt, die Treibhausgasemissionen zu senken um das Klima zu schützen, gilt es andererseits sich an die bereits eingetretenen Folgen des Klimawandels durch geeignete Maßnahmen und Instrumente anzupassen. Der Klimaschutzplan beinhaltet vier Handlungsfelder:



Bildung, Beratung und Kommunikation



Energiesparen und Energieeffizienz



Mobilität



Klimaanpassung

Die dort aufgeführten Maßnahmen werden dabei nach den Zielgruppen Private Haushalte, Kommune, Unternehmen und Mobilität differenziert. Der Klimaschutzplan wird kontinuierlich weiterentwickelt. Das bedeutet, dass in den folgenden Monaten und Jahren neue Projekte und Maßnahmen integriert und damit die Klimaschutzaktivitäten insgesamt intensiviert werden.

Klimafonds



Ziel ist es, die Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen im Stadtgebiet systematisch und aufeinander abgestimmt voranzubringen. Vor diesem Hintergrund wurde im Oktober 2020 der städtische Klimafonds eingerichtet (VO/9180/20), der alle Maßnahmen und Finanzmittel der Hansestadt und Dritter im Bereich der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen bündelt. Der Klimafonds gewährt Zuschüsse zu Maßnahmen, die in besonderem Maße zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen beitragen oder die der erforderlichen Anpassung an die Folgen des Klimawandels dienen. Er wird aus den folgenden Mitteln gespeist:

- Kompensationszahlungen für dienstliche Fahrten mit dem Pkw und dienstliche Flugreisen,
- Haushaltsmittel/-ansätze der Hansestadt,
- Fördermittel von Bund und Land, EU, Förderfonds der Metropolregion Hamburg,
- Spenden von Dritten (z.B. Stiftungen, Private),
- Förderprogramme der Hansestadt, des Landkreises Lüneburg und Dritter.



Integrierte Energetische Quartierskonzepte

In den Stadtteilen Kreideberg und Kaltenmoor wurde für jeweils ein Quartier ein integriertes energetisches Quartierskonzept (IEQK) erstellt, dessen vorgeschlagene Maßnahmen von April 2016 bis März 2021

umgesetzt wurden. Ziel war es, die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Quartiere dabei zu unterstützen, klimaschonend zu wohnen. Dies erfolgte in den Themenfeldern

- Energetische Sanierung,
- Strom- und Wärmeversorgung,
- Mobilität,
- Freiflächengestaltung sowie
- Energiesparen.

Aufgrund des hohen Energieeinsparpotentials und der nach wie vor geringen Sanierungsrate lag der Schwerpunkt bei der energetischen Sanierung von privaten Wohngebäuden. Dazu konnten die Privathaushalte Beratungen in Anspruch nehmen, die durch weitere Maßnahmen und Aktionen zur Bewusstseinsbildung flankiert wurden.



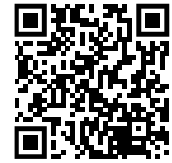
Förderprogramme für Lüneburger Haushalte

Die Hansestadt hat aktuell vier Förderprogramme zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung. Das Fördervolumen der einzelnen Programme seit Auflage umfasst mittlerweile über 800.000 Euro.

Lüneburger Förderprogramme Klimaschutz und Klimaanpassung			
Regenerative Energien	Dach- und Fassadenbegrünung	Energetische Sanierung von Wohngebäuden	Regenwassernutzung
seit 2005: 661.500 €	seit 2019: 70.000 €	seit 2020: 70.000 €	seit 2021: 15.000 €
für Lüneburger Privathaushalte			

Weitere Infos:

Förderung Dach- und Fassadenbegrünung



Förderung Energetische Sanierung



Förderung regenerative Energien



Alle vier bestehenden Förderprogramme werden stark nachgefragt. Der Umfang der Förderung wird nachfolgend dargestellt:

Förderprogramm zur Dach- und Fassadenbegrünung

In den Jahren 2019 bis 2021 wurden 32 Anträge zur Begrünung der Dächer und 3 Anträge zur Fassadenbegrünung eingereicht. Zur Förderung von Begrünungsmaßnahmen sind jährlich 40.000 Euro an Haushaltsmitteln eingeplant (VO/8396/19).

Förderprogramm zur Energetischen Sanierung von Wohngebäuden

Seit 2020 werden Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs an der Gebäudehülle (Dämmung, Erneuerung der Fenster und Außentüren) und im Bereich der Heizungs- und Lüftungstechnik gefördert. In den zwei Jahren wurden in dem Programm 49 Anträge gefördert.

Förderprogramm für Regenerative Energien

Die Stadt fördert den Einsatz Erneuerbarer Energien bei Privathaushalten. Die beiden in 2005 aufgelegten Förderprogramme richteten sich an die Handwerksbetriebe, die dazu motiviert werden sollten, vermehrt Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien zu installieren. Es gab ein Förderprogramm

für das gesamte Stadtgebiet (2005 - 2014) und ein Förderprogramm für bestimmte „Neubaugebiete“ (2005 - 2020). Für das gesamtstädtische Förderprogramm wurden insgesamt bis 2014 440 Anträge gestellt. Davon wurden 338 Anträge bewilligt: 203 für Solarthermie-Anlagen, 122 für Photovoltaik-Anlagen und 13 für geothermische Anlagen. 102 Anträge wurden entweder zurückgezogen oder als nicht förderfähig abgelehnt. Dafür stand insgesamt die Fördersumme von 375.000 Euro zur Verfügung.

Der baugebietsspezifische Fördertopf wurde für verschiedene Neubaugebiete aufgelegt. Zur Einrichtung des Fonds wurden die jeweiligen Erschließungsträger im Rahmen der städtebaulichen



Weitere Infos:

Energiemonitor



Verträge zur Zahlung eines Euros pro Quadratmeter Nettobauland verpflichtet. Aus diesem Fördertopf wurden bis Ende 2020 149 Anlagen in 6 Neubaugebieten gefördert. Davon waren 35 Solarthermie-Anlagen, 48 Photovoltaik-Anlagen und 19 Geothermie-Anlagen. Die Fördersumme betrug insgesamt 284.131 Euro. Die in 2021 noch vorhandenen Restmittel wurden von Januar bis Juli 2021 über den Klimafonds für die Förderung von Photovoltaik-Anlagen stadtweit eingesetzt. Im August 2021 ist das überarbeitete Förderprogramm in Kraft getreten. Antragsberechtigt sind nun alle Hauseigentümer im gesamten Stadtgebiet. Außerdem sind weitere förderfähige Maßnahmen hinzugekommen.

Energiemonitor

Über den Energiemonitor der Firma Avacon können tagesaktuell die Daten zur Erzeugung und Verbrauch von regenerativen Energien abgelesen werden.

**Weitere Infos:**

Beschlüsse dazu: VO/9429/21 Antrag auf ein gemeinsames Solardachkataster mit dem Landkreis vom 31.01.2021 am 08.06.2021 im Rat beschlossen. VO 2020/498 Landkreis beschließt am 01.06. im Ausschuss für erneuerbare Energien, Kreistag am 24.06 die Erstellung eines Solardachkatasers für den Landkreis Lüneburg. Eine Umsetzung erfolgt ab 2022, da dann die Daten vom Land kostenlos zur Verfügung gestellt werden als OpenData.

Solarkataster

Die Stadt möchte in Zusammenarbeit mit dem Landkreis die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Klimaschutz ausweiten und die Bevölkerung gezielt informieren. Das Solarpotenzialkataster soll den Einwohnern der Stadt helfen, eigene Potenziale zu entdecken und den Bau von Photovoltaik und Solarthermie-Anlagen zu beschleunigen. Das Solarkataster soll die schon laufenden Kampagnen des Klimaschutzmanagements weiter unterstützen, dazu zählen Solar-Check, das Energieportal oder auch die Mieterstromberatung.

**Mobilität****Vom Radverkehrskonzept zur Radverkehrsstrategie**

„Parallel zu dem gestiegenen Stellenwert des Fahrradfahrens in der Bevölkerung (Nachhaltigkeitsaspekte, Fitness und Unabhängigkeit von Energiepreisen) haben in den letzten Jahren auch die Anstrengungen zur Förderung des Radverkehrs in Lüneburg deutlich zugenommen. Dies zeigt sich nicht nur in der Teilnahme am europaweiten Verfahren BYPAD zur Ermittlung der Qualität der Radverkehrspolitik, sondern auch in der massiven Aufstockung der Fahrradabstellkapazitäten am Bahnhof sowie in den gestiegenen Investitionen in Radwegeunterhaltungs- und -neubaumaßnahmen.“



So beginnt das Radverkehrskonzept 2015 aus dem Jahr 2005. In der Hansestadt werden bereits seit Beginn der Jahrtausendwende Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs umgesetzt. Nachdem viele Maßnahmen in den 10 Jahren umgesetzt wurden, hat die Stadt eine Fortschreibung des Fahrradkonzeptes vorgenommen und 2019 die neue „Radverkehrsstrategie 2025+“ vorgelegt.

„Für Bürgerinnen und Bürger muss es attraktiv und leicht sein, Fortbewegungsmittel zu nutzen, die ohne jegliche Emission auskommen. Ziel ist eine **fußgänger- und fahrradfreundliche Stadt**. Deshalb ist der weitere Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur erforderlich: Radfahren muss **einfacher, schneller, bequemer und sicherer** werden.“

Zur Erreichung dieser Ziele stellt die Hansestadt Lüneburg drei Leitbilder zur Radverkehrspolitik 2030+ auf, die die Radverkehrsentwicklung in den kommenden Jahren steuern sollen: Komfort, Sicher, Klima.

Als Ziel für den Bereich „Komfort“ wird dabei festgelegt, dass der Anteil des Radverkehrs im Modal Split auf über 30 Prozent in Bezug auf alle Wege, die in der Hansestadt zurückgelegt werden, bis zum Jahr 2030 gesteigert werden soll. Zur Prüfung, wo die Stadt aktuell steht, wurde eine Modal-Split Untersuchung



als Onlinebefragung im Frühjahr 2021 durchgeführt.

Für den Bereich „Sicher“ ist das Ziel von Vision Zero angestrebt, also keine Verkehrstoten oder Schwerverletzte mehr durch Verkehrsunfälle zu verzeichnen.

Gute Luft versteht die Hansestadt im Bereich „Klima“ im doppelten Sinn. Einerseits soll durch die Förderung des Radverkehrs die Luft sauberer werden. Dieses Ziel wird aber andererseits nur durch die parallele Förderung des öffentlichen Verkehrs (ÖPNV, StadtRad, CarSharing) auch unter Entwicklung von Mobilitätsstationen und der Mobilitätszentrale am Bahnhof erreicht.

Mobilitätszentrale am Bahnhof

Aufgrund der geplanten Aufgabe des Reisezentrums durch die Deutsche Bahn im Jahr 2022 entwickelt die Hansestadt eine eigenständige Mobilitätsstation im Bahnhofsgebäude. In der Mobilitätszentrale sollen verkehrsträgerübergreifende Dienstleistungen angeboten werden und damit die Bedürfnisse für multimodale Mobilität der Lüneburger abdecken. Die Metronom Eisenbahngesellschaft mbH wird ein Dienstleistungsangebot vor Ort etablieren und ist ein wichtiger Kooperationspartner für die Hansestadt. Das gemeinsame Ziel ist eine Mobilitätszentrale für nachhaltige Mobilität mit Ticketverkauf, Bike- und Carsharing-Angeboten und Informationen zu entwickeln. Zur Umsetzung wurde ein entsprechender Aufruf zu einem Gestaltungswettbewerb ausgelobt. Zusammen

mit dem ZOB und den Fahrradparkhäusern soll das ganze Bahnhofsumfeld damit zu einem Knotenpunkt für klimafreundliche Mobilität entwickelt werden (VO/9551/21).

Fahrradstraßenring

Als Fortsetzung der Ausgestaltung der Radverkehrsstrategie 2025 und der Leitbilder Radverkehrspolitik 2030+ entwickelt die Stadt einen „Fahrradstraßenring“ in der Lüneburger Innenstadt. Dieser sieht die grundsätzliche Vorfahrt von Fahrrädern an Kreuzungen und Einmündungen vor. Dieser wurde im November 2020 im Verkehrsausschuss einstimmig beschlossen (VO/9298/20).



Weitere Infos:

StadtRAD Lüneburg



Der Fahrradstraßenring beinhaltet sowohl relativ einfache Maßnahmen als auch abschnittsweise aufwendigere Arbeiten, für die eine vorausgehende Detailplanung notwendig wird. Eine Umsetzung wird daher in mehreren Abschnitten erfolgen und soll weit überwiegend bis im Jahr 2024 abgeschlossen sein.



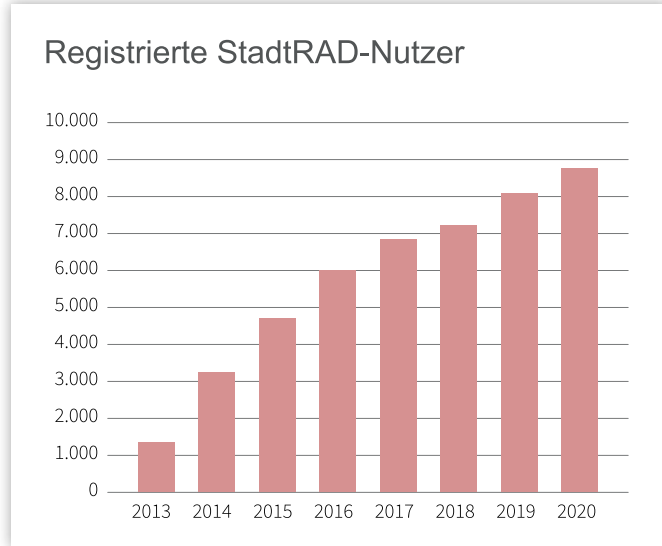
Die Ausweisung der Wallstraße als erster Teil dieses Fahrradstraßenrings ist im Jahr 2020 bereits erfolgt.

Plan für nachhaltige Urbane Mobilität

Um diese Einzelprojekte am Bahnhof, dem Fahrradstraßenring, der Weiterentwicklung des ÖPNV auch in Verbindung mit der Elektrifizierung der Fahrzeuge sinnvoll zusammenzuführen und den zukünftigen Herausforderungen im Verkehr gewachsen zu sein, wird in den kommenden Jahren ein Konzept für eine nachhaltige urbane Mobilität als Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans erarbeitet. Dieser nachhaltige urbane Mobilitätsplan (NUMP) soll als Teilkonzept Mobilität ein Bestandteil des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes werden. Aufgrund der verkehrlichen Verflechtungen mit dem Umland und dem ÖPNV-Betrieb durch den Landkreis Lüneburg sollen die zu erstellenden Verkehrsuntersuchungen und Gutachten mit denen des Landkreises abgestimmt und gemeinsam fortentwickelt werden.

StadtRAD Lüneburg

StadtRAD Lüneburg ist ein Fahrradverleihsystem, das von Deutsche Bahn Connect im Auftrag der Hansestadt Lüneburg betrieben wird. Das System wurde 2013 in Betrieb genommen. Die Anzahl der registrierten Nutzerinnen und Nutzer stieg seitdem stetig an:



Rund 50% der registrierten Kunden wohnen in Lüneburg. Bei der Altersstruktur liegt der größte Anteil im Segment der 26-35-jährigen (rd. 50%), während die Altersgruppe der bis 25-jährigen bei rd. 25 % liegt. Das macht deutlich, dass nicht nur Studierende das StadtRAD ausleihen. Die Entleihe und Rückgabe erfolgen dabei ausschließlich an festgelegten Leihstationen, wobei der Entleihvorgang fast ausschließlich über das Smartphone durchgeführt wird. Im



Juli 2021 stehen insgesamt 135 Fahrräder an 13 Leihstationen in Lüneburg zur Verfügung. Weitere Stationen werden im Stadtgebiet bis Jahresende mit dann insgesamt 210 Leihrädern umgesetzt. In den Nachbargemeinden sind vier weitere Stationen mit 20 Rädern geplant, so dass das Netz für die Nutzer immer größer wird. Ab Frühjahr 2022 sollen dann auch 25 Elektro-Lastenräder in die StadtRAD-Flotte integriert werden. Ein regelmäßiger Qualitätsbericht erlaubt es, Trends zu erkennen und auf neue Bedürfnisse oder Optimierungsbedarf zu reagieren.

Elektromobilitätskonzept der Stadt und des Landkreises Lüneburg

Um die Emissionen aus dem Verkehrssektor zu reduzieren und die notwendigen Voraussetzungen zur steigenden Nutzung der Elektromobilität zu schaffen, haben die Hansestadt und der Landkreis Lüneburg 2019 ein Elektromobilitätskonzept (EMK) beauftragt. Im Rahmen der Studie wurde u.a. der Bedarf an Ladeinfrastruktur analysiert und Vorschläge entwickelt, wie die prognostizierten Bedarfe befriedigt werden können. So wurde eine Aufbaustrategie für die Ladeinfrastruktur in der Stadt und im Landkreis erstellt, welche sowohl die Potentiale der Ladeinfrastruktur in den einzelnen Gebieten aufzeigt, als auch konkret und quartiersbezogen optimale Standorte für diese darlegt. Strukturell ist das EMK in die Arbeitspakete „Aufbaustrategie E-Laden“, „Elektrifizierung kommunaler Flotten“ und „Elektromobilität im ÖPNV und im Mobilitätsverbund“ gegliedert, welche die jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkte klar umreißen.

Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur

Basierend auf den Empfehlungen des EMK wurde ein Konzept zur Ladesäuleninfrastruktur (LIS) entwickelt, mit dem konkret Maßnahmen zur Ausgestaltung der LIS im Hinblick auf eine ganzheitliche klimagerechte Mobilität benannt werden.

In dem Konzept werden die Standorte, für die im EMK ein hoher Bedarf prognostiziert wird, im Hinblick auf ihre Umsetzbarkeit betrachtet. Ein Großteil der Bedarfsstandorte wird mittelfristig

von Gewerbetreibenden bestückt werden, daher wird die Stadt nur an ausgewählten Standorten (z.B. öffentlichen Parkhäusern) tätig.

„Mobilitätspunkte“ sind Orte, an denen die verschiedenen Mobilitätsformen zusammengebracht werden, um den Bürgerinnen und Bürgern konkrete Alternativen zum Individualverkehr anzubieten. Die Mobilitätspunkte sollen eine einheitliche, gut sichtbare Kennzeichnung erhalten. Bei der zukünftigen Errichtung von Ladesäulen soll standardmäßig geprüft werden, ob dies mit der Schaffung eines Mobilitätspunktes kombiniert werden kann.

Bei der Überarbeitung der Sondernutzungssatzung sollen Regelungen zur LIS eingebracht und die Sondernutzungserlaubnis um vertragliche Regelungen zur einheitlichen Gestaltung der LIS erweitert werden. Bei aktuell bereits erteilten Sondernutzungen werden diese Inhalte bereits jetzt vereinbart, so dass ein einheitliches Vorgehen gewährleistet werden kann.

Die stadt eigenen Ladesäulen werden von der Gebäudewirtschaft betrieben. In Zusammenarbeit mit den Privat Anbietern wird für die gesamte Ladeinfrastruktur in Lüneburg die Einführung eines einheitlichen Abrechnungssystems, angestrebt. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch die enge verwaltungsinterne Abstimmung der Bereiche Umwelt, Mobilität, Ordnung, Straßen- und Grünplanung und Gebäudewirtschaft.

Weitere Infos:

Geoportal



Energieportal



Projekt STADTRADELN



Weitere Infos:

Stadtradeln



Stadtradeln Lüneburg



Lünepedia Stadtradeln



RADar! Meldeportal



STADTRADELN ist eine Kampagne des Klima-Bündnis der europäischen Städte, die es seit 2008 gibt. Ziel ist es, die Rolle des Fahrrads als umweltfreundlichen und klimaschonenden Verkehrsträger präserter zu machen. Dazu sollten in Lüneburg im Aktionszeitraum vom 14. Juni bis 04. Juli 2021 möglichst viele Alltagswege mit dem Fahrrad zurückgelegt werden. Die Stadt Lüneburg beteiligt sich seit 2017 an der Aktion. Einzelpersonen und Teams können sich anmelden und ihre gefahrenen Fahrrad-Kilometer auf der STADTRADELN-Plattform eintragen. Zudem gab es 2021 erstmals die Möglichkeit, über die Meldeplattform „RADar!“ Behinderungen und Störungen des Radverkehrs zu melden. In Lüneburg gingen im Aktionszeitraum 322 Meldungen ein, deren Bearbeitungsstand online einsehbar ist. Eine Fortsetzung des RADar! als sinnvolle Ergänzung der städtischen Meldeportale ist vorgesehen.

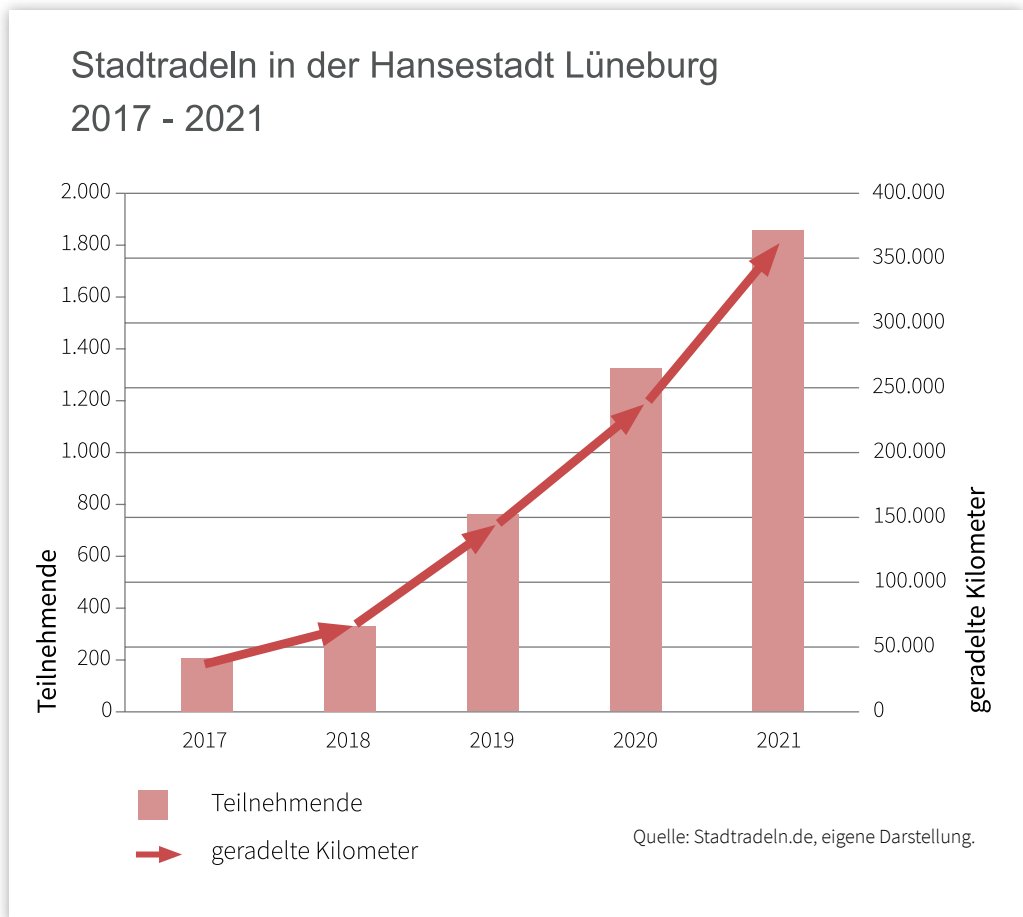
Nachhaltigkeit

Bewertung der Klimaauswirkungen bei Ratsbeschlüssen mit Hilfe der SDGs

Die Stadt hat ein Verfahren entwickelt, um die Klimaauswirkungen städtischer Vorhaben transparent zu machen und im Rahmen der Ratsbeschlüsse berücksichtigen zu können. Das Prüfverfahren wurde von einer Arbeitsgruppe aus mehreren Fachbereichen entwickelt und beinhaltet zwei Stufen. Neben den CO₂-Emissionen werden auch die Auswirkungen auf andere Aspekte der nachhaltigen Entwicklung bewertet, was durch den Bezug zu den 17 Nachhaltigkeitszielen geschieht. Die Umsetzung soll mit Beginn der Wahlperiode ab November 2021 erfolgen (VO/9557/21).

Das Projekt Zukunftsstadt: 15 Experimente und ein ISEK

Das Projekt „2030 Lüneburg. Die Zukunftsstadt“ beinhaltet zwei Beteiligungsprozesse zur nachhaltigen Entwicklung der Hansestadt. Der erste





Lüneburg. Die Zukunftsstadt.

Bereich umfasst fünfzehn Experimente mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten, die zeigen sollen, wie Nachhaltigkeit vor der eigenen Haustür umgesetzt wird. Diese Projekte und ihre Finanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sind das Ergebnis eines fünfjährigen Prozesses, in dem sich die Universität Leuphana, die Stadtverwaltung und der Verein T.U.N für Nachhaltigkeit in der Hansestadt Lüneburg stark gemacht haben.

Im Austausch mit den ehrenamtlichen Initiativen wurde festgestellt, dass Zeit und Personal fehlt, um gezielt Menschen für ehrenamtliche Aufgaben zu gewinnen. Einige ehrenamtliche Stellen konnten so durch die Servicestelle schon erfolgreich besetzt werden. Auch mit dieser Idee deckt das Zukunftsstadt-Projekt einige Nachhaltigkeitsziele ab.



Ein Beispiel für ein solches Experiment ist der Lieferdienst „Das Rad bringt's“. Dabei handelt es sich um den kostenlosen Lastenrad-Dienst für den lokalen Einzelhandel in der Innenstadt. Im Dezember 2020 und von März bis Juni 2021 bezahlte die Zukunftsstadt die Auslieferung von Waren per Lastenrad. Seit Juli wird der Dienst vergünstigt angeboten durch Bezuschussung der Hansestadt Lüneburg. Dieses Projekt ermöglicht einen schnellen, flexiblen und emissionsarmen Lieferverkehr. Es wurde von Lüneburgerinnen und Lüneburger, darunter Vertreterinnen und Vertreter aus dem Einzelhandel und der Wirtschaft in den Phasen I und II des Bundeswettbewerbs Zukunftsstadt erarbeitet.

Ein anderes Experiment ist die „Servicestelle Ehrenamt“. Die Servicestelle dient als Ansprechpartnerin, Beraterin und Vermittlerin für alle Belange des Ehrenamts in Lüneburg und bietet dafür im Zukunftsstadt-Büro Sprechstunden an.

Im zweiten Bereich der Zukunftsstadt wird an der langfristigen Strategie zur Entwicklung einer Nachhaltigen Stadt gearbeitet. Der Rat hat die Verwaltung beauftragt ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) zu erarbeiten. Bis zum Herbst 2021 wurden in einem umfangreichen Beteiligungsprozess vier Zukunftserzählungen für Lüneburg erarbeitet. Zu jeder der vier Zukunftserzählungen sind Grundprinzipien zusammengefasst worden. Alle vier Zukunftserzählungen gehören zusammen und bilden ein gemeinsames Leitbild für Lüneburg. Veranschaulicht wird dies in einem großen Poster, auf dem die vier Bereiche zusammengefügt werden. Der Rat hat das Leitbild im September 2021 als Grundlage für das Integrierte Stadtentwicklungskonzept, in dem die Weichen für die nachhaltige Entwicklung von Lüneburg für die nächsten 10 bis 15 Jahre gelegt werden, beschlossen (VO/9698/21). Die Richtschnur für das Leitbild und das ISEK

Weitere Infos:

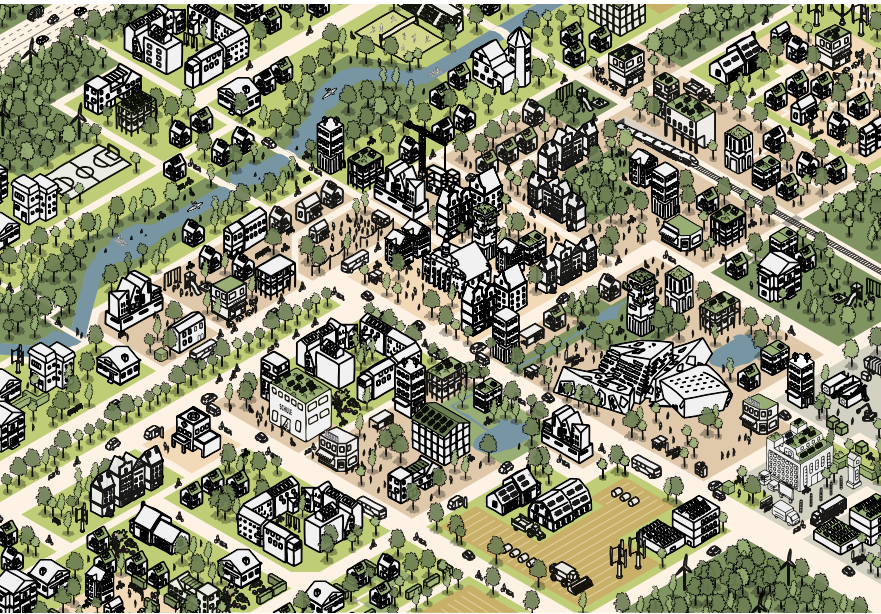
Lüneburg Experimente



Leitbild für Lüneburg



sind dabei ebenfalls die 17 globalen Ziele für Nachhaltigkeit. Die Ergebnisse der Experimente sind bereits in das Leitbild eingeflossen und im Prozess zur Entwicklung des ISEK wird auch eine dauerhafte Umsetzung der erfolgreichen Ideen geprüft.



Weitere Infos: **Forschungsprojekt SUSTIL**

zum 30-ha Ziel:

Deutsche
Nachhaltigkeitsstrategie



Indikatorenbericht
Destatis



Die Knappheit von Flächen und die damit begrenzten Möglichkeiten für die weitere Entwicklung von Siedlungsflächen ist in der Stadt angesichts einer wachsenden Bevölkerung und eines angespannten Immobilienmarkts ein sehr präsent Thema. Hinzu kommt das Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung, den täglichen Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 auf unter 30 ha am Tag zu reduzieren.

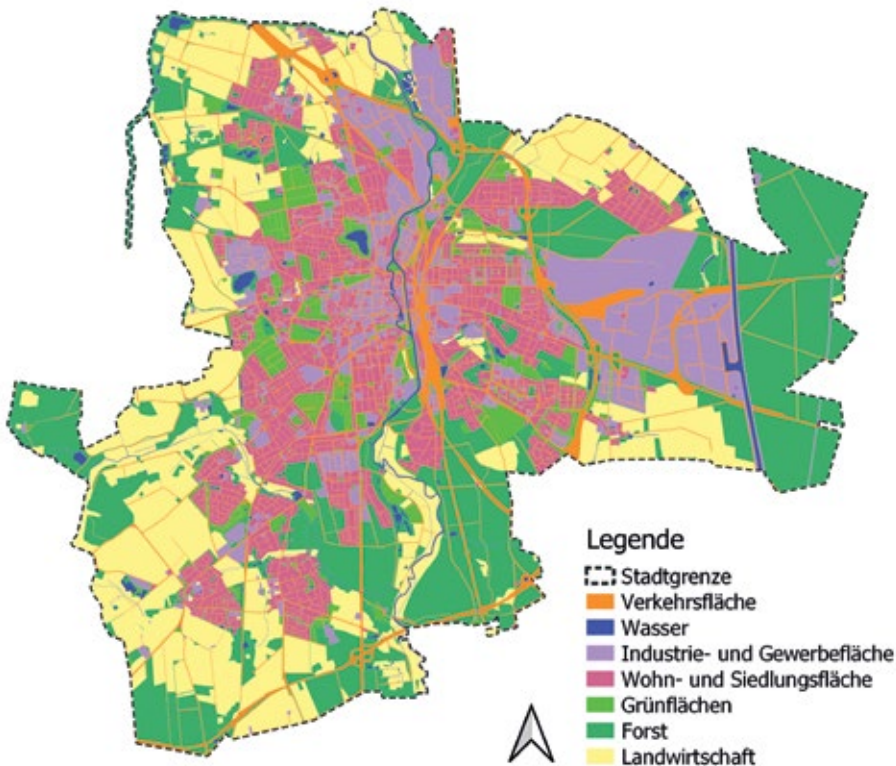
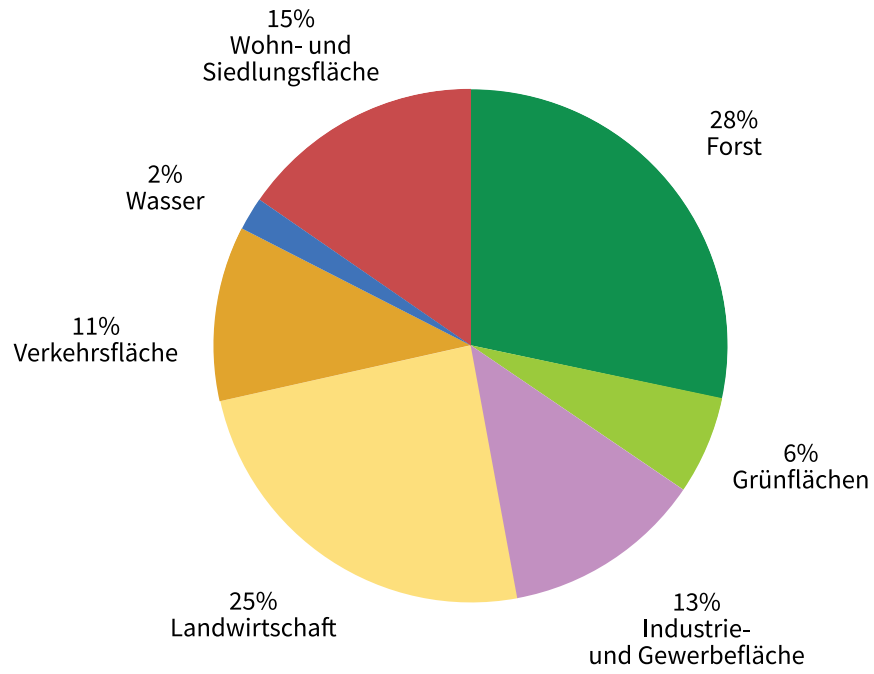
Vor diesem Hintergrund nimmt die Stadt am vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojekt SUSTIL teil. Die Abkürzung SUSTIL steht für „Szenarien zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Stadt und Landkreis Lüneburg: Implikationen für die Steuerung von Landnutzung“. Darin werden nachhaltige Lösungsansätze im Umgang mit der endlichen Ressource Land im Landkreis Lüneburg entwickelt, die Zielkonflikte, die sich aus der Verschiedenheit

möglicher Landnutzungen ergeben (z.B. Landwirtschaft, Gewerbe, Wohnen oder Naturschutz), abmildern sollen. Weitere Verbundpartner sind die Leuphana Universität Lüneburg, der Bauernverband Nordostniedersachsen, der BUND Regionalverband Elbe-Heide, die Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade, die Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfburg, der Landkreis Lüneburg sowie die Lüneburger Wohnungsbau GmbH. SUSTIL ist im Februar 2020 gestartet, die Projektlaufzeit beträgt drei Jahre. Im Projekt werden Zukunftsszenarien entwickelt, die sich aus der konsequenten Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele für die Landnutzung in der Projektregion Stadt und Landkreis Lüneburg auf lokaler Ebene ergeben. Außerdem werden Instrumente zur Steuerung von Landnutzung entwickelt, um die Szenarien umzusetzen und einen Interessensausgleich zwischen Stadt und ländlichem Raum sowie den verschiedenen Landnutzungsarten zu fördern.

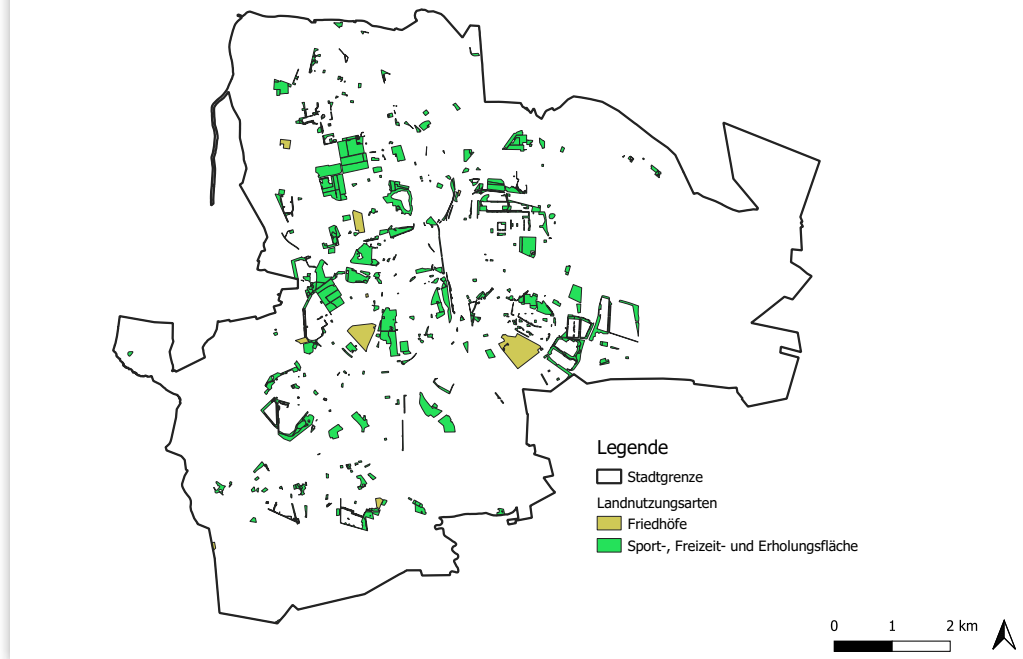
Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde auch die aktuelle Landnutzung der Hansestadt Lüneburg ermittelt. Damit kann an dieser Stelle der Indikator Flächennutzung als prozentuale Aufteilung der Hansestadt Lüneburg dargestellt werden. Die Hansestadt hat eine Gesamtfläche von 70,5 km². Bei einer Einwohnerzahl von ca. 78.000 entspricht dies einer Einwohnerdichte von ca. 1.106 EW/km².

Der Indikator Flächenverbrauch wird als Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche verstanden und umfasst 45 Prozent. Darin sind die Anteile von „Wohn- und Siedlungsfläche, Industrie und Gewerbefläche, Verkehrsfläche und Grünflächen“ addiert. In den 11 % Verkehrsfläche ist dabei nicht nur das Straßennetz mit 238 km Länge enthalten, sondern z.B. auch die Fläche des Sonderlandeplatzes Lüneburg. Daher sollte nicht der Eindruck entstehen, dass 45 Prozent der Fläche Lüneburgs versiegelt wären. Berechnet man die Einwohnerdichte nur auf die tatsächliche Siedlungsfläche so ergibt sich als weiterer Indikator zum Flächenverbrauch eine Dichte von 2.458,6 EW/km².

Flächennutzung Hansestadt Lüneburg



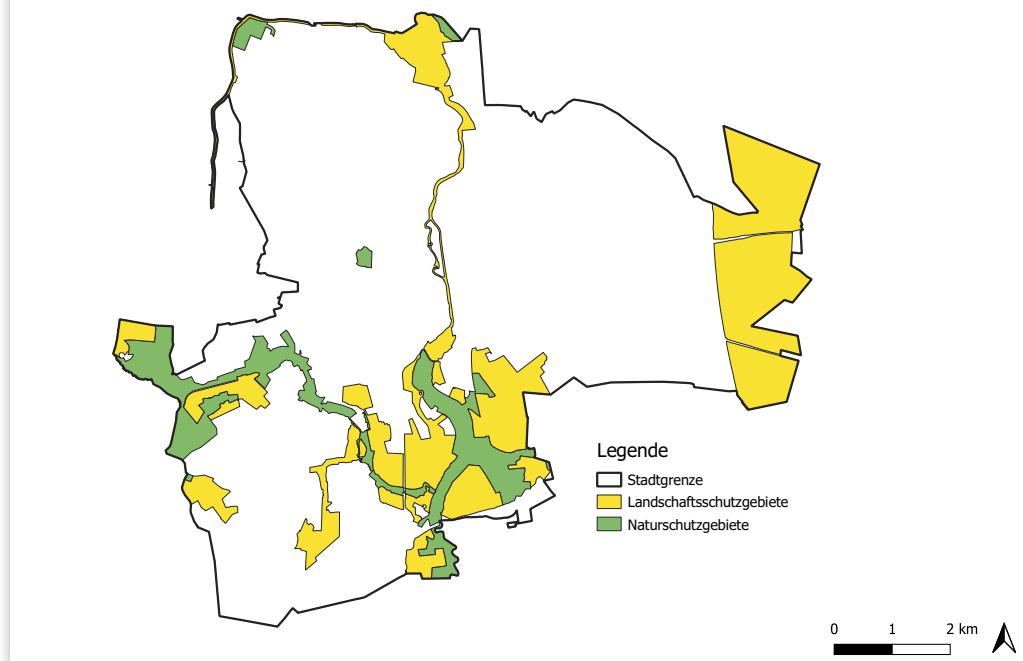
Erholungsflächen in der Hansestadt Lüneburg



Indikator Erholungsfläche

380 ha des Stadtgebietes sind Erholungs- und Grünflächen (inkl. Sport, Kleingärten, Friedhöfen). Rechnerisch ergeben sich daher 48,71 m² Erholungsfläche je Einwohner.

Naturschutz in der Hansestadt Lüneburg



Indikator Schutzgebiete

Im Stadtgebiet sind aktuell 1.329 ha als Landschaftsschutzgebiet und 480 ha als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Damit sind 26 % der Stadtfläche unter Schutz gestellt.

3. Kultur

Das Themenfeld „Kultur“ wird in erster Linie durch das Kulturreferat, welches einen eigenen Bereich im Dezernat I bildet, abgedeckt. Neben konkreten Aufgaben im kulturellen Bereich sind hier auch die

Musikschule, die Ratsbücherei und das Stadtarchiv angesiedelt. Ziel des Kulturreferats ist es, die Vielfalt und die Qualität der Kulturangebote und -einrichtungen in der Stadt zu unterstützen. Es fungiert als Anlaufstelle für Lüneburger Kulturschaffende aller Sparten, berät zu Fragen aus dem Bereich Kulturmanagement und engagiert sich in der Vernetzung der Ideen und Akteure der Lüneburger Kulturlandschaft.



Ratsbücherei

Neben dem Schulangebot sind in Lüneburg auch die Ratsbücherei und die Universitätsbibliothek wichtige Säulen zur Erfüllung des Nachhaltigkeitsziels 4 „Hochwertige Bildung“. Das Ziel soll inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern. Auch das Angebot der VHS Lüneburg dient diesem lebenslangen Lernen.

In der Ratsbücherei gibt es mittlerweile nicht nur Bücher und Medien zu entleihen, sondern ein deutlich umfangreicheres Angebot, so dass hierdurch auch weitere SDGs abgedeckt werden:



Bibliothek der Dinge

Seit Anfang des Jahres 2020 gibt es in der Ratsbücherei die „Bibliothek der Dinge“. Ziel des Angebots ist es, unter dem Motto „Leihen statt kaufen“ die gemeinsame Nutzung von Produkten zu ermöglichen und damit Ressourcen zu schonen. Ausleihbar sind technische Geräte, die man selten nutzt oder nur ausprobieren möchte z.B. eine wasserfeste Action-Kamera oder eine Virtual-Reality-Brille. Erzieherinnen und Erzieher können

zudem Materialien für den pädagogischen Einsatz ausleihen, zum Beispiel einen Erzählkoffer. Dieser enthält zu den Geschichten passendes Zubehör wie Puppen. Auch selbstprogrammierbare kleine Roboter befinden sich im Leihangebot. Sie laden Kinder ein, erste einfache Programmier-Erfahrungen zu sammeln. Die Auswahl an Dingen wird stetig erweitert, auch um Groß- und Outdoorspiele.



Saatgutbibliothek

Aus der Saatgutbibliothek können alle Interessierte reines Saatgut entnehmen und zuhause in ihrem Garten oder auf dem Balkon säen. Nach der Ernte im Herbst können ein Teil der getrockneten Samen in beschrifteten Tüten zurück in die Bibliothek gebracht werden. Diese Idee stammt ursprünglich aus den USA, da es dort relativ viel genverändertes Saatgut gibt. Als Saatgut vorhanden sind aktuell ca. 20 Sorten, darunter verschiedene Sorten von Tomaten und Bohnen, aber auch heimische Stauden wie z.B. Ringelblumen oder Fingerhut.



Energiepaket

In der Ratsbücherei und in der Zweigstelle Kaltenmoor können Materialien ausgeliehen werden zum Messen des Energieverbrauchs von Geräten und zum Erproben effizienter Geräte: Folgende





„Energie-Pakete“ sind unter anderem im Angebot:

- Strom-Spar-Box: Strom-Messgerät
- LED-Koffer mit je 8 LED-Leuchtmitteln und LED-Box mit je 3 LED-Leuchtmitteln
- Heiz-Box: Heizkörperthermostate
- Richtig-Lüften Box: Analoge und digitale Hygrometer als „Schimmelwächter“



Städtepartnerschaften und Städtefreundschaften

Lüneburg pflegt seit langer Zeit intensive Partnerschaften und Freundschaften mit acht Städten im In- und Ausland. Städtefreundschaften gibt es mit Köthen (Sachsen-Anhalt) und Kulmbach (Bayern). Städtepartnerschaften wurden geschlossen mit den Städten:

- Clamart (Frankreich)
- Ivrea (Italien)
- Naruto (Japan)
- Scunthorpe, eingemeindet zu North Lincolnshire (Vereinigtes Königreich)
- Tartu (Estland)
- Viborg (Dänemark)

Neben dem offiziellen Austausch zwischen den Verwaltungen und der Politik werden die Partnerschaften durch Austausche der Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen Städte in den unterschiedlichsten Bereichen mit Leben gefüllt, z. B. in der Kunst und Kultur, der Bildung, im Sport oder im direkten persönlichen Austausch. Getragen werden diese Austausche bei einer Mehrzahl der Partnerschaften durch Vereine oder Gesellschaften, die sich dem (inter-) nationalen Austausch verschrieben haben.

Neben den offiziellen Städtepartnerschaften und -freundschaften unterhält die Hansestadt Lüneburg auch Kontakte zu anderen „Lüneburgs“ weltweit, so z. B. zu Lüneburg in Südafrika oder zu Lunenburg in Kanada.

Städtepartnerschaft Clamart

1975 wurde die Partnerschaft mit Clamart geschlossen. Die Stadt liegt im Südwesten von Paris und hat etwa 53.000 Einwohner. Einer der Höhepunkte zum 40-jährigen Bestehen der Städtepartnerschaft zwischen Clamart und Lüneburg war ein internationales Jugendprojekt aus Musik, Tanz, Schauspiel, Licht- und Videokunst unter dem Titel MOSAIK Odyssee - gemeinsam erarbeitet von Musikschulen bzw. Konservatorien und Hochschulen in Clamart, Lüneburg, aber auch Cáceres (Spanien) und Hammarö (Schweden im Jahr 2015).

Die Deutsch-Französische Gesellschaft Lüneburg-Clamart e. V. setzt sich seit vielen Jahre für den Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Städte ein.

Städtepartnerschaft Ivrea

1988 unterzeichneten die Oberbürgermeister von Ivrea und Lüneburg die Partnerschaftsurkunde. Ivrea ist bekannt für seinen historischen Karneval, bei dem traditionellerweise eine „Orangenschlacht“ (battaglia delle arance) ausgetragen wird. Diese lebendige, einzigartige Tradition ist ein jährlicher Touristenmagnet. Die im italienischen Piemont gelegene Industriestadt wurde Anfang des 20. Jahrhunderts von Camillo Olivetti (Firma Olivetti, Herstellung von Schreibmaschinen, Taschenrechnern und Bürocomputern) als industrielles und soziokulturelles Projekt gegründet. Als außergewöhnliches Zeugnis einer modernen Vision des Zusammenspiels von Industrie und Architektur wurde sie 2018 in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen. Zuletzt besuchte eine kleine Delegation, unter Leitung der Kulturausschussvorsitzenden und der Kulturreferentin, die Partnerstadt im Oktober 2019 anlässlich des Auftritts des Kammerchores St. Michaelis in der Kathedrale von Ivrea.

Städtefreundschaft Köthen

Immer in Bewegung ist die Städtefreundschaft mit Köthen (Sachsen-Anhalt); ist sie doch vor allem für den nun schon 31 Jahre währenden Staffellauf im Sinne der Wiedervereinigung Deutschlands bekannt. Der mit 250 km längste und älteste Partnerstädtelauf

Deutschlands führt durch die Ortsteile Mackendorf (Landkreis Helmstedt/Niedersachsen) und Döhren (Landkreis Börde/ Sachsen-Anhalt) und es ist Tradition, dass die Läuferinnen und Läufer dort mit einem Gläschen Sekt anlässlich der Überquerung der ehemaligen innerdeutschen Grenze anstoßen. Nun haben Teilnehmende der Läufe aus Köthen und Lüneburg gemeinsam mit den Mackendorfern und Döhrenern an jener Stelle eine Eiche gepflanzt – Unbewegliches und zugleich vitales Symbol für eine besondere Städtefreundschaft.



Baumpflanzaktion an der innerdeutschen Grenze zwischen Mackendorf und Döhren im Juni 2021

Städtefreundschaft Kulmbach

Die Freundschaft zur oberfränkischen 26.000-Einwohner-Stadt Kulmbach besteht seit 1967. Neben Schätzen aus vergangenen Tagen hat sich die Stadt Kulmbach auch in der modernen Zeit einen Namen gemacht – als heimliche Hauptstadt des Bieres. Die jährliche Bierwoche ist laut eigener Aussage das „größte, klassischste Bierfest Nordbayerns“. Es besteht ein reger Austausch zwischen dem Lüneburger Stadtorchester und der Stadtkapelle Kulmbach. Diese spielte zuletzt anlässlich des Festakts zur Verleihung der „Pro-Musica-Plakette“ zum 125-jährigen Jubiläum des Stadtorchesters im Fürstensaal ein Konzert für die befreundeten Musikerinnen und Musiker. Die für Juli 2020 geplante Reise nach Kulmbach konnte pandemiebedingt leider nicht stattfinden.

Städtepartnerschaft Naruto

Seit 1974 sind Naruto und Lüneburg Partnerstädte. Die japanische Stadt mit rund 56.000 Einwohnern ist für ein Naturschauspiel bekannt: durch bestimmte Strömungsverhältnisse bilden sich im Meer nahe der Stadt imposante Strudel.

Das Deutsche Haus in Naruto ist sowohl Museum als auch Begegnungsstätte und gibt Einblick in die „deutsche“ Geschichte Narutos. In der Nähe der Stadt war während und nach dem Ersten Weltkrieg ein Kriegsgefangenenlager für deutsche Soldaten. Diese freundeten sich mit den Japanern an und hinterließen einige kulturelle Spuren.

Aktuell bewerben sich die Präfektur Tokushima, die Stadt Naruto und die Hansestadt Lüneburg gemeinsam mit Dokumenten aus dem Kriegsgefangenenlager Bando für das UNESCO-Weltkulturerbe.

Zwischen den beiden Partnerstädten gibt es regelmäßige Austausche, die sowohl von den beiden Stadtverwaltungen als auch der Japanisch-Deutschen Freundschaftsgesellschaft in Naruto und der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Lüneburg organisiert werden. Diese Delegationsreisen finden jeweils im Wechsel statt - der letzte Besuch aus Naruto in Lüneburg war in 2019, der für 2020 geplante Gegenbesuch aus Lüneburg konnte aufgrund der Corona-Pandemie leider nicht stattfinden. Fester Bestandteil der entsendeten Delegation ist auch eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern, die während des Aufenthaltes in Naruto bzw. Lüneburg in Gastfamilien aufgenommen werden und mit den Gastgeschwistern zur Schule gehen.



Städtepartnerschaft Scunthorpe (eingemeindet zu North Lincolnshire)

Bereits seit 1960, und damit die älteste der partnerschaftlichen Verbindungen, besteht zu Scunthorpe. Scunthorpe,

eine verhältnismäßig junge Stadt mit etwa 83.000 Einwohnern, ist seit 1996 Teil und Verwaltungssitz der Gebietskörperschaft North Lincolnshire. Anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft zu Scunthorpe bzw. North Lincolnshire sollte ab Mai 2020 eine mehrwöchige Kunstaussstellung der KulturBäckerei in dem Kunsthaus „20-21 Visual Arts Centre“ in Scunthorpe organisiert werden. Eine Delegation der Hansestadt Lüneburg sollte zur Ausstellungseröffnung nach Scunthorpe entsendet werden, auch ein Begleitprogramm wurde seitens des Partnerschaftsvereins North Lincolnshire (North Lincolnshire Twinning Association) ausgearbeitet. Leider konnte sowohl die Ausstellung als auch die Reise pandemiebedingt nicht stattfinden.

Städtepartnerschaft Tartu



Die Partnerschaft zwischen Lüneburg und Tartu wurde 1993 besiegelt. Grundlage dafür waren frühere Kontakte und Freundschaften, die sich insbesondere aus den 17 Hilfstransporten nach Tartu, die die Hansestadt Lüneburg in den 90er Jahren organisierte, ergaben. Die Partnerschaft besteht heute aus einem regen Austausch von Menschen und deren Wissen. Kirchengemeinden, Schulen, Künstler und Vereine aus beiden Städten besuchen sich gegenseitig und haben in gemeinsamen Projekten den Grundstein für viele, auch private, Bekanntschaften und Freundschaften gelegt. Ein Praktikantenaustausch der Deutsch-Estnischen Gesellschaft zu Lüneburg ermöglicht jungen Menschen, auch das Arbeitsleben in der Partnerstadt und damit den Alltag näher kennenzulernen.

Seit 2011 gibt es im neuen Lüneburger Hanseviertel eine Tartu-Straße. Ein wichtiges Datum hat die Städtepartnerschaft fest im Blick: Tartu wird in 2024 für ein Jahr europäische Kulturhauptstadt.

Städtepartnerschaft Viborg

Viborg mit seinen ca. 97.000 Einwohnerinnen und Einwohnern befindet sich im Mittel-Jütland auf dem nördlichen Teil der dänischen Halbinsel und ist seit 1992 Partnerstadt Lüneburgs. Es wird angestrebt, über das Kunstarchiv Lüneburg der Sparkassenstiftung und mit Hilfe der Deutsch-Dänischen Gesellschaft, Sektion Lüneburg, einen Kunstaustausch mit der Kunsthalle in Viborg zu initiieren und dort eine Kunstaussstellung zu organisieren.

4. Soziales und Integration

Für das Dezernat V Bildung, Jugend und Soziales stellt der Leitgedanke der Inklusion die soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung dar. Die tragenden Prinzipien von Inklusion sind die Würde des Menschen und das Recht auf Selbstbestimmung und Teilhabe, wie sie in UN-Konventionen für Menschenrechte (1948), für Kinderrechte (1989) und für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2006) erklärt und im Grundgesetz verankert sind. Ziel ist die Selbstverständlichkeit von Chancengerechtigkeit und Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen. Je größer das Zugehörigkeitsgefühl aller zu einer vielfältigen Gesellschaft und eine gemeinsam von allen getragene Verantwortung füreinander und für die Umwelt, desto näher kommt die Gesellschaft diesem Ziel. Insofern steht hinter dem Prozess der Inklusion eine umfassende Vision für das gesellschaftliche Zusammenleben heutiger und zukünftiger Generationen. Die Hansestadt versteht ihren Handlungsauftrag darin, die Rahmenbedingungen hierfür zu gestalten.

Mit der Schaffung und Bereitstellung der sozialen Infrastruktur und von Projekten zur inhaltlichen und fachlichen Qualifikation des Personals, trägt die Hansestadt zu einer diskriminierungskritischen Bildungsarbeit und Sozialer Arbeit sowie zur Nicht-Diskriminierung von Menschen unterschiedlichen Alters

und/oder unterschiedlicher nationaler, religiöser, sozialer, sexueller, kultureller Herkunft/ Erfahrung/ Orientierung bei.



Flüchtlingssozialarbeit

Die Flüchtlingssozialarbeit unterstützt mit ihren Sprechstunden und Aktivitäten in den Stadtteilen bzw. Stadtteilhäusern die Integration. Die Menschen erhalten Unterstützung bei Behördengängen, Stellen von Anträgen, Wohnungssuche etc. Vereinsanbindungen für Erwachsene und Kinder werden aufgezeigt und begleitet. Eltern werden in Fragen zu Kindergarten, Schule und Berufsfindung unterstützt.



Präventionsstelle Wohnen

Die Präventionsstelle soll Menschen davor bewahren, ihre Wohnung zu verlieren. An sie können sich Menschen wenden, die ihre Miete nicht mehr zahlen können, Schulden bei Versorgungsunternehmen haben oder wenn die Räumung droht. Die Präventionsstelle unterstützt hier z.B. mit Ratenzahlungen, Verhandlungen zur Rücknahme der Räumungsklage, Suchen einer neuen Wohnung etc.



Second Stage

Second Stage unterstützt Frauen, die den Schutz des Frauenhauses nicht mehr benötigen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Hierzu gehören u.a. Antragstellung bei Behörden, Finden und Anmieten einer Wohnung sowie Kontaktherstellung zu Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen, Psychologen etc. Auch die Kinder der Frauen sollen mit entsprechenden Unterstützungsangeboten begleitet und betreut werden.



Senioren- und Pflegestützpunkt

Hier ist das Projekt „Dabei sein im Alter“ angesiedelt. Das Projekt hat das Ziel, vereinsamte und sozial benachteiligte alte Menschen zu unterstützen. Mittels Angeboten unter Beteiligung der Zielgruppe, sollen die Menschen aus ihrer Isolation herausfinden und in Gesellschaft kommen. Weiter werden die Menschen darin bestärkt, möglichst lange in ihrem häuslichen Umfeld zu verbleiben.



Impfkampagne durch mobile Impfaktionen in Quartieren

Um allen Menschen den Zugang zum Impfen niedrigschwellig zu ermöglichen, gibt es in den Quartieren mobile Impfaktionen. Gerade Menschen aus beengten und zum Teil schwierigen Wohnverhältnissen, Menschen aus ärmeren Milieus und Menschen mit Migrationshintergrund seien in besonderem Maße gefährdet, bei einer möglichen Infektion schwer an Corona zu erkranken.



Gesundes Schulesen

Die AG Qualitätsoffensive „Gesundes Schulesen“ hat sich zum Ziel gesetzt, die Qualität des Essens an Lüneburger Schulen nachhaltig zu verbessern und Standards für ein gemeinsames Verständnis von gutem Schulesen aller an Schule beteiligten zu erarbeiten. Die Befragung von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und Eltern konnte bis dato aufgrund der anhaltenden Coronapandemie nicht durchgeführt werden. Dies wird jedoch zeitnah nachgeholt, da sie die Basis zur Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse ist, um eine Empfehlung für die Schulen abzugeben.



Stadtteilarbeit und Beteiligung

Die Grundlage der strategischen Ausrichtung der Angebote und Dienstleistungen des Dezernats V für

Bildung, Jugend und Soziales bildet die sozialräumliche Orientierung. Durch die Stadtteilhäuser und stadtteilorientierten Teams sind wir mit diversen Handlungsfeldern des Dezernates nah dran an den Lebenswelten der Menschen. Zentrales Organ der Stadtteilarbeit bildet das Stadtteilmanagement. Gemeinsam mit der Stadtbevölkerung werden Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts geplant und umgesetzt. Durch die Präsenz in den Stadtteilen und die gute Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern werden gemeinsame Projekte und Erfahrungen von Selbstwirksamkeit ermöglicht.

5. Familie, Bildung und Sport



Der Fachbereich Familie und Bildung im Dezernat V –Soziales, Familie und Bildung - stellt mit rd. 520 Personalstellen den größten Fachbereich

in der Stadtverwaltung dar. Der Fachbereich ist fachlich und finanziell für 16 Kindertagesstätten, Horte und sonstige Einrichtungen der nachschulischen Betreuung in eigener Trägerschaft sowie für die Kindertagespflege verantwortlich. Des Weiteren stellt der Fachbereich die ausreichende finanzielle Ausstattung von 27 freien Trägern von Kindertageseinrichtungen, Horten und sonstigen Einrichtungen der nachschulischen Betreuung sicher. Dem Fachbereich obliegt die Schulträgerschaft für 19 allgemeinbildende Schulen, davon 11 Grundschulen und 8 weiterführende Schulen (darunter 1 Förderschule).

Ferner wird in dem Fachbereich die Leitung des Jugendamtes wahrgenommen. Neben dem allgemeinen Sozialdienst gehören zu den Sachgebieten insbesondere die Sozialberatung, der Pflegekinderdienst und Adoption, die Amtsvormundschaften, Beistandschaften und Unterhaltsvorschuss, frühe Hilfen sowie die Jugendförderung,

der Jugendschutz und die Jugendpartizipation.

Für die Obliegenheiten des Sportes wurde eine eigene Stabsstelle mit Sportreferentin geschaffen.



Platz-Offensive – Investition in Ausbau und Qualität von Bildung und Kinderbetreuung

Mit einer auf die Zukunft ausgerichteten Bedarfsplanung strebt die Stadt an, für alle Kinder qualitativ hochwertige Betreuungsplätze und Bildungsangebote vorzuhalten. Die Planung schließt Krippen, Kitas, Kindertagespflege und die nachschulische Betreuung bzw. das Ganztagsangebot ein und ist sowohl auf den quantitativen Ausbau des Platzangebots als auch auf die inhaltliche Qualität und den Fachkräftebedarf ausgerichtet.

Beispiel-Projekt: Kita-Einstieg



Gute Kindertagesbetreuung ermöglicht gleiche Chancen für alle Kinder. „Kita-Einstieg“ unterstützt Familien in Zusammenarbeit mit dem Familienbüro der Stadt niedrigschwellig beim Zugang zu frühen Bildungsangeboten. Damit Übergänge gelingen und Teilhabe möglich ist, bietet das Projekt bedarfsgerechte Unterstützung für Familien und Kitas. Die Projektbausteine im Einzelnen

→ „Rucksack“: Das Elternbildungsprogramm für Familien mit Kindern im Kitaalter besuchen

Eltern ein Jahr lang. Einmal in der Woche treffen sie sich mit anderen Eltern und einer Anleiterin und nehmen daraus viele Anregungen mit in ihren Familienalltag.

- Eltern-Stehcafés: Um das „Ankommen“ in der Kita zu unterstützen sind Elternbegleiterinnen des Projektes oder eine Kulturmittlerin regelmäßig in der Kita und unterstützen die Kommunikation zwischen Familien und Fachkräften.
- Beratung von Eltern: Wir beraten Eltern zum Kitabesuch, zu Anmeldeformalitäten und frühkindlichen Bildungsangeboten in der Hansestadt. In Telefonsprechstunden in Deutsch, Arabisch, Kurdisch und Türkisch werden bedarfsgerecht Fragen beantwortet.

Beispiel-Projekt: Selbstverständlich Miteinander

Vision der Hansestadt Lüneburg und des Kooperationspartners VSE e.V. ist es, Kindern Teilhabe zu ermöglichen. Jedes Kind soll die Chance haben, zu einem selbstbewussten, eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen Individuum heranzuwachsen. Die Etablierung eines inklusiven Grundverständnisses in der Ganztagsbildung in Grundschulen und Horten steht dabei im Fokus: kein Kind soll Abwertung, Benachteiligung oder Ausgrenzung aufgrund seiner Identitätsmerkmale wie Herkunft, sozio-ökonomischem Status, Familienkonstellation, Sprache, Behinderung, Hautfarbe u.a. erfahren. Das Projekt „Selbstverständlich Miteinander“ ist darauf ausgerichtet

- die modellhafte Entwicklung der Ganztagsbildung im Primarbereich mit einer inklusiven Ausrichtung zu begleiten,
- eine inklusive Haltung und diskriminierungskritische Diversitätsbewusstheit der pädagogischen Fachkräfte zu fördern,
- inklusive Einrichtungskulturen und -strukturen zu unterstützen,
- die Zusammenarbeit der Akteure im Stadtteil und ihr Bewusstsein für den gemeinsamen Bildungsauftrag weiterentwickeln,
- die Schaffung kommunaler Rahmenbedingungen für gelingende inklusive Bildung und Betreuung zu befördern.

Kitabedarfsplanung



Als örtlichem Träger der Jugendhilfe hat die Stadt folgende Ziele:

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Die Berufstätigkeit beider Elternteile oder Alleinerziehender wird ermöglicht und mindert das Armutsrisiko.
- Familienfreundliche Betreuungszeiten: Durch eine familienfreundliche Infrastruktur und flexible Betreuungszeiten wird der Standortfaktor Wettbewerbsfähigkeit erhöht und ein Zuzugsargument geschaffen.
- Wohnortnahe Versorgung: Eine stadtteilbezogene und lebensweltnahe Versorgung stärkt das Zusammenleben und die Identifikation mit dem Stadtteil.
- Rechtsansprüchen entsprechen: Durch die vorausschauend ausreichende Versorgung an Betreuungsplätzen kann dem individuellen Rechtsanspruch entsprochen werden.
- Passgenaue Betreuungsformen: Betreuung und Förderung aller Kinder entsprechend ihrer Voraussetzungen entlang der Bildungskette von Anfang an. Durch das frühzeitige Erkennen und Begegnen von besonderen Förderbedarfen soll eine optimale Förderung der Kinder erreicht werden.
- Bedarfsgerecht Zugänge ermöglichen: Der Besuch von Bildungsinstitutionen verbessert die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern.

Jugendpartizipation

Unter Partizipation versteht die Hansestadt Lüneburg die Ermöglichung von gesellschaftlicher und politischer Teilhabe in sämtlichen Lebensbereichen von Kindern und Jugendlichen. Alle Kinder und Jugendlichen in Lüneburg – unabhängig von ihren sozialen und kulturellen Hintergründen – sollen

am gesellschaftlichen und politischen Alltagsleben teilhaben und aktiver Teil der Stadtgesellschaft sein. Partizipation ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche betrifft. Dazu zählen z.B. Familie (als soziale Institution), Kitas, Schulen, Stadtteilarbeit und Jugendpflege, Vereine und Verbände und sonstige Bildungs-, Kultur- und Betreuungseinrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Es geht darum, junge Menschen zu „aktiven MitgestalterInnen ihrer sozialen Lebensumgebung“ zu machen. Partizipation bedeutet also mehr, als die reine Teilnahme an Angeboten. Kinder und Jugendliche sollen auch bei der Planung, Gestaltung und Weiterentwicklung der (Lebens-)Räume und Angebote, die sie nutzen, aktiv beteiligt werden. In bestimmten Bereichen können und sollen sie Experten in eigener Sache sein. Um Kinder und Jugendliche in Entscheidungssituationen nicht zu überfordern, zu frustrieren oder gar zu gefährden, werden diese Beteiligungsprozesse (Kinder- und Jugendkonferenzen, Jugendforen und Jugendräte) altersgemäß ausgerichtet und pädagogisch begleitet.



Sport

Im Rahmen der Daseinsvorsorge fördert die Hansestadt den Sportbereich und übernimmt dabei vor allem folgende Ausgaben:



→ Bau, Unterhalt, Instandhaltung und Sanierung der kommunalen Sportstätteninfrastruktur

- Kostenfreie Zurverfügungstellung der kommunalen Sportanlagen
- Förderung des Vereinssports, Unterstützung der Sportvereine bei der Unterhaltung eigener Sportstätteninfrastruktur
- Finanzielle Förderung der Sportvereine in den Bereich Übungsleiterförderung, Behindertensport und Kinder- und Jugendsportförderung
- Einwerben von Fördermitteln für Sportstätten und Projekte im Sport
- Federführung des Sportentwicklungskonzeptes

6. Stadtentwicklung, Stadtsanierung und Gebäudewirtschaft



Stadtentwicklung und Stadtsanierung

Das Ziel 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden hat das Ziel, dass Städte und

Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gemacht werden. Dazu gehört, dass bis 2030 für alle der Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum sichergestellt wird, genauso wie der Zugang zu nachhaltigen Verkehrssystemen und der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs. Die Siedlungsplanung und -steuerung soll partizipatorisch, integriert und nachhaltig sein. Es gehört auch dazu, das Weltkulturerbe und -naturerbe zu schützen und zu bewahren und die Katastrophenvorsorge zu entwickeln und umzusetzen. Allen Menschen in der Stadt soll der Zugang zu Grünflächen und öffentlichen Räumen gewährt werden und die Umweltbelastung pro Kopf gesenkt werden. Dabei sollen die Ressourceneffizienz gesteigert und Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung umgesetzt werden.

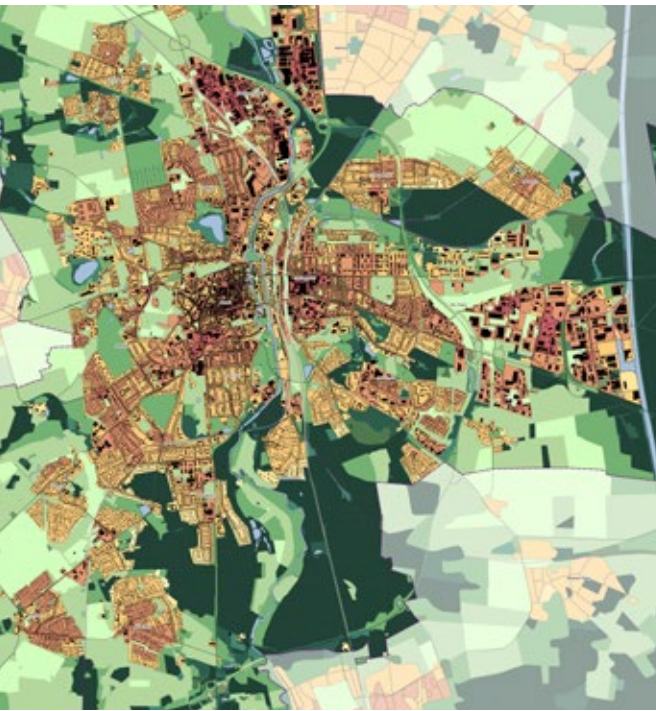
Stadtplanung

Übergreifende Maßnahmen und Konzepte

Im Bereich der Stadtplanung werden die planerischen Grundlagen für die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum geschaffen. Die Beteiligung der Bevölkerung sogar von Kindern und Jugendlichen bei der Aufstellung von Bebauungsplänen ergibt sich dabei bereits aus den Rechtsvorgaben des Baugesetzbuches.

Um die Wohnraumversorgung bei einer steigenden Einwohnerzahl in Lüneburg zu sichern, wurden in den letzten Jahren kleinere Baugebiete an den Ortsrändern der Stadt entwickelt, aber insbesondere große Anstrengungen umgesetzt, um die Innenentwicklung voranzutreiben. Dabei sind der Ilmenaugarten und das Hanseviertel die größten Projekte der

letzten zehn Jahre. Doch die Potentiale für weitere Innenentwicklungen sind begrenzt, wie das Brach- und Freiflächenkataster der Hansestadt Lüneburg deutlich macht. Um die Folgen des Klimawandels bei den kommunalen Siedlungsplanungen noch besser berücksichtigen zu können, wurde ein gesamtstädtisches Klimagutachten erstellt.



Auch bei neuen Bebauungsplänen werden vertiefende Untersuchungen zu den Frischluftbewegungen und den Temperaturentwicklungen erstellt und in die erforderlichen Umweltberichte eingearbeitet. Zur Förderung von Erneuerbarer Energie wird auf die Förderprogramme der Hansestadt (Seite 25) verwiesen. Bei Flachdachbebauung wird immer häufiger eine Dachbegrünung vorgeschrieben und umgesetzt. Die Aktivitäten zur Entwicklung einer nachhaltigen Mobilität sind im Abschnitt Mobilität (Seite 26) bereits ausgeführt, werden aber inhaltlich auch im Bereich der Stadtplanung durch die Entwicklung kurzer Wege und der Schaffung einer flächendeckenden dezentralen Grundversorgung unterstützt.

Stadtsanierung

Zur Verbesserung der Wohnverhältnisse und des Wohnumfeldes und gleichzeitig auch zum Erhalt von zum Teil auch historischer Bausubstanz bearbeitet die Hansestadt derzeit vier Sanierungsgebiete.



Weitere Infos

Brach- und Freiflächenkataster



Stadtteil mit Zukunft

Kaltenmoor

Die Bebauung der Großsiedlung Kaltenmoor als Demonstrativbauvorhaben im Sinne der

„autogerechten Stadt“ wurde im Wesentlichen zwischen 1966 und 1975 realisiert. Die angelegte Siedlungsstruktur mit Hochhäusern, Parkpaletten und breiten Straßen ist typisch für diese Zeit und galt damals als fortschrittlich. Einen großen Anteil der Wohnbebauung stellen dabei Mietwohnungen, einen kleineren Teil Eigentumswohnungen dar. Viel Wohnraum auf kleiner Fläche mit den Standards der damaligen Zeit, breite Straßen, die wie Barrieren wirken und zu wenig Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, machten ein Sanierungsverfahren notwendig.

Das Sanierungsgebiet mit einer Größe von 42,64 ha läuft seit 1999 zu Beginn im Städtebau-Programm „Soziale Stadt“ seit 2020 „Sozialer Zusammenhalt“.



St.-Stephanus-Platz nach der Umgestaltung mit Hochhaussiedlung

Wasserviertel

Das „Wasserviertel“ ist der historische Kern der modernen Salzstadt. Direkt an der Ilmenau gelegen, pulsierte hier jahrhundertlang das wirtschaftliche Leben. Nachdem der Warenverkehr auf den Landweg verlegt wurde, hat das Handelsviertel an Bedeutung verloren, nicht jedoch seinen Charme. Heute ist das „Wasserviertel“ mit seiner besonderen Innenstadtlage und dem vielfältigen Angebot an Gastronomie und Einzelhandel ein attraktiver Anziehungspunkt für Lüneburger und Gäste der Stadt.



Doch die Zeit hat ihre Spuren hinterlassen. Trotz vieler Bemühungen sind eine Reihe städtebaulicher Maßnahmen notwendig geworden. Nun gilt es, das historische Ortsbild für die nächsten Generationen zu bewahren. Wohnungs- und Arbeitsbedingungen sollen verbessert und der Strukturwandel eines lebendigen und zukunftsstarken Viertels unterstützt werden.

Das Gebiet wurde 2007 als Sanierungsgebiet festgelegt und 2009 in die Städtebauförderung aufgenommen. Nach einer Erweiterung 2014 hat das Gebiet heute eine Größe von 9,3 ha. Bis 2019 erfolgte die Sanierung im Rahmen des Programms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ und seit 2020 „Lebendige Zentren“.



Viskulenhof nach der Sanierung

Am weißen Turm

In den 1970ern und 1980er Jahren ist das städtebaulich in sich geschlossene Wohnquartier „Am Weißen Turm“ mit den „roten“ und den „weißen“ Häusern entstanden. Das Quartier ist durch eine verdichtete Bauweise und Geschosswohnungsbauten mit ca. 600 Wohneinheiten und 10 Geschossen gekennzeichnet. Die Wohnanlage ist frei von Autoverkehr und durchzogen von großen Freiflächen und vielen Fußwegeverbindungen. Insgesamt gibt es drei Kinderspielplätze und einen Ballspielplatz.



Die Einleitung des Sanierungsverfahrens ergibt sich aus den Ergebnissen der im Jahr 2014 durchgeführten Vorbereitenden Untersuchung, welche Grundlage für die Entscheidung zur Aufnahme in das Förderprogramm des Landes Niedersachsen war.

Eine der ersten Maßnahme, die die Hansestadt Lüneburg mit Städtebaufördermitteln umgesetzt hat, ist die Erstellung eines Freiflächenkonzepts. Dies beinhaltet eine Bestandsaufnahme der aktuellen Freifächensituation (Grünflächen, Nutzflächen, Wegeverbindungen, Spielplätze, Standorte für Müllbehälter, Fahrradabstellmöglichkeiten, Aufenthaltsmöglichkeiten, Beleuchtung, subjektive Sicherheit etc.) sowie die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen mit möglichen Verbesserungsmaßnahmen. Nach Rundgängen und Workshops mit Anwohnern und Eigentümern sowie weiteren



Am Weißen Turm vor der Sanierung



Am Weißen Turm nach der Sanierung

Abstimmungsgesprächen ist das Konzept mit den Erkenntnissen aus den Beteiligungsveranstaltungen für die Aufwertung der Frei- und Grünflächen im Quartier fertiggestellt worden. Nun gilt es, die im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen. Hierfür ist die Mitwirkung und Zustimmung der Eigentümer gefragt.

Anforderungen eines qualitativollen Naherholungsbereichs gerecht werden. Aufgrund ihrer Funktion als Naherholungsraum sowie als Anziehungspunkt für Touristen und ihrer geschichtlichen Bedeutung sind diese innerstädtischen Frei- und Grünflächen für die Gesamtstadt wichtig. Die Städtebauförderung lief von 2017 bis 2019 im Programm Zukunft Stadtgrün und seit 2020 im Programm „Lebendige Zentren“.



Grünband-Innenstadt

Mit dem Förderprogramm „Zukunft Stadtgrün“ möchte der Bund Maßnahmen zur Verbesserung und Aufwertung städtischer Frei- und Grünflächen fördern. Im Sommer 2017 wurde das Untersuchungsgebiet festgelegt und die vorbereitende Untersuchung eingeleitet. Das ca. 42,4 ha große Sanierungsgebiet umfasst im Wesentlichen die innerstädtischen Grünanlagen Kalkberg, Scunthorpepark, Liebesgrund, Kreidebergsee und Basteihalbinsel.

Die Freiflächen bieten das Potenzial, einen geschlossenen, innerstädtischen Freiflächenverbund zu entwickeln. Dieser sollte sowohl den Erhalt der biologischen Vielfalt fördern als auch den



Kreidebergsee

Weitere Infos

Museum Lüneburg



Salzmuseum



Auch wenn die Hansestadt Lüneburg mit ihrer historischen Altstadt bisher nicht den Rang eines Weltkulturerbes hat, so wird doch mit großem Erfolg das kulturelle Erbe der 1.000jährigen Stadt mit den vielen Baudenkmalern sichtbar geschützt und bewahrt. Auch die Alte Landwehr, die die Hansestadt umgibt, wird als Bodendenkmal geschützt. Im neuen Museum Lüneburg (LINK) wird die Geschichte aber auch die Kultur und der Naturraum den Besuchern auf moderne Weise zugänglich gemacht und im Deutschen Salzmuseum erfahren die Besucher authentisch, wie Lüneburg im Mittelalter durch das weiße Gold im Verbund der Hanse zu seinem Reichtum gekommen ist. Beim Erhalt dieser historischen Gebäude bestehen durch das ca. 1,1 km² große Senkungsgebiet zusätzliche Herausforderungen für die Stadt und die Gebäudebesitzer.

Im Jahre 2015/16 wurde ein Klimaschutzteilkonzept erstellt, aus dem hervorgeht, dass an vielen Liegenschaften energetische Defizite bestehen. Diese Erkenntnisse fließen in aktuelle und zukünftige Sanierungsplanungen ein. Außerdem werden bei der Abwägung zwischen Sanierung zur Nachnutzung oder Rückbau und Neubau nicht nur wirtschaftliche Faktoren berücksichtigt, sondern es wird auch der Anteil der „gebundenen grauen Energie“ sowie der Energiestandard eines Gebäudes betrachtet. Bei Neubauten wird mindestens der KfW 70 Standard angestrebt, bei Umbauten wird dieser den technischen Möglichkeiten entsprechend realisiert. Soweit möglich findet auch eine materialökologische Betrachtung der Baustoffe, insbesondere bezogen auf emissionsarme Baustoffe zur Förderung der Nutzergesundheit statt.

Gebäudewirtschaft



Neubauten und Sanierung

Bei der Planung städtischer Gebäude werden Klima- und Umweltauswirkungen grundsätzlich berücksichtigt. Im Zuge der Planung wird auch die Nutzung von Ausbaureserven in Gebäuden sowie Umnutzungsmöglichkeiten bei bestehenden Liegenschaften zur Verlängerung des Lebenszyklus eines Gebäudes untersucht. Beispielsweise wurde der Sporthallenkomplex in Kaltenmoor kernsaniert statt einem Neubau zu weichen.



Gleichzeitig wird großer Wert auf die Errichtung von Gründachflächen auf Flachdächern zur Schaffung von Lebensräumen für Insekten sowie für klimagünstige Verdunstungsflächen gelegt. Ebenso wird bei der Fassadengestaltung auf die Wärmereflektion eines Gebäudes geachtet und der Flächenverbrauch bzw. die Reduzierung von versiegelten Flächen berücksichtigt.



Strom- und Wärmeversorgung

Mit dem Bestreben der weitestgehenden Nutzung regenerativer Energien befinden sich auf 19 Dächern städtischer Gebäude Photovoltaikanlagen, die insgesamt bis zu 770.000 kWh Strom liefern. 15 dieser Anlagen werden von externen Akteuren betrieben. Der PV-Eigenverbrauch der Stadt lag bisher bei ca. 180.000 kWh pro Jahr. Aktuell ist der Eigenverbrauch durch die neuen Anlagen deutlich steigend.

Bei der Wärmeversorgung wird der Austausch von Öl- und Gasheizungen vorangetrieben. Dort wo ein Fernwärmenetz besteht, werden die jeweiligen Gebäude entsprechend angeschlossen (z.B. Schulzentrum Kreideberg, Johanneum in Kaltenmoor). Bei dem Neubau des Stadtteilhauses in Oedeme werden effiziente Wärmepumpen eingesetzt. Die Durchführung des hydraulischen Abgleichs wird mittlerweile standardmäßig durchgeführt.



Betrieb der städtischen Liegenschaften

Es werden kontinuierlich investive sowie nicht- und geringinvestive Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Optimierung des Ressourcenverbrauchs während der Betriebsphase durchgeführt. Beispielsweise werden nicht-energieeffiziente Haushaltsgeräte in Schulen, Kitas und weiteren Einrichtungen ausgetauscht, wassersparende Armaturen im Sanitärbereich eingebaut, die Beleuchtungstechnik auf energieeffiziente

Beleuchtung umgestellt und Mülltrennsysteme in Schulen und Betreuungseinrichtungen eingerichtet.



Neben technischen Maßnahmen werden Klimaschutzprojekte angestoßen, um die Nutzerinnen und Nutzer zum energieeffizienten Verhalten anzuregen. In Kindertagesstätten und Schulen werden

z.B. Klimaschutzaktionen durchgeführt, welche von Umweltpädagogen begleitet werden, um den Kindern die Themen „Energiesparen“ und „Klimaschutz“ altersgerecht nahe zu bringen. Es gibt aber auch spezielle Schulungsangebote für Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zum energiesparenden Verhalten im Büroalltag.



Intensivierung der klimaorientierten Gebäudewirtschaft

Im Rahmen der Energieberichterstattung werden die Energieverbräuche je städtische Liegenschaft detailliert dargestellt, Energieverbrauchskennwerte ermittelt und Strom-Wärme-Diagramme ausgewertet, um Verbesserungspotentiale erkennen und zukünftig nutzen zu können. Zur weiteren Verbesserung der Energieeffizienz der städtischen Liegenschaften soll das Energiemonitoring weiter ausgebaut werden.

In Bezug auf das „Nachhaltige Bauen“ werden mittelfristig weitere konkrete Ziele erarbeitet. Der Fokus wird auf eine einheitliche Vorgehensweise bei der Wahl eines Energiestandards, bei Lebenszyklusbetrachtungen, der richtigen Standortwahl sowie der Material-/Produktauswahl der Baustoffe gelegt. Mit dem Ziel der Reduzierung von Bauvolumina – dem Verringern des ökologischen Rucksacks von Gebäuden – werden interdisziplinäre Nutzungskonzepte (z.B.

Multifunktionalität, Mehrfachnutzung/ Vereinigung von Schulgebäuden oder Stadtteilhäusern) erarbeitet.

Um den finanziellen Herausforderungen gerecht zu werden, wird die Inanspruchnahme von finanziellen Förderprogrammen zur Verbesserung der Amortisationsdauer von baulichen, energetischen Verbesserungen oder die Nutzung von Energieberatungen für extern genutzte Gebäude kontinuierlich geprüft. Ebenso werden Möglichkeiten des Energiecontractings (Einspar-/ Anlagencontracting) in Erwägung gezogen.



7. Straßenbau und Grünplanung



Bau und Gestaltung von Straßen und Plätzen

Bei Neubau- und Umbaumaßnahme im Straßenraum wird der Einsatz von offenporigem Pflaster und von Recyclingbaustoffen angestrebt, sowie die Entsiegelung von Nebenflächen.

Einige Beispiele, die in den vergangenen Jahren umgesetzt wurden:

- Entsiegelung von gepflasterten Verkehrsinseln im stark frequentierten Kreuzungsbereich an der Reichenbachstraße und Bepflanzung von Frühjahrsblüheren, ganzjährigen wechselwirkenden Stauden und Pflanzung von klimaresilienten Bäumen
- Umgestaltung der Carl-Friedrich-Goerdeler-Straße in Kaltenmoor mit geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen in Form von Fahrbahnverschwenkungen und Reduzierungen von Verkehrsflächen. Die vorhandenen straßenbegleitenden Bäume konnten komplett erhalten bleiben und wurden durch zusätzliche Bäume ergänzt und mit regiozertifizierter Wildblumenmischung angelegt. Benachbarte Grünflächen wurden erweitert und mit einem bienenfreundlichen Staudenband ergänzt.
- Oberflächenerneuerung bzw. Neubau des Radweges entlang des Lösegrabens im FFH-Gebiet mit sickerfähigem Betonsteinpflaster und insektenfreundlicher Beleuchtung



Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Bereich

Seit Juni 2021 stehen in der Innenstadt an drei Standorten Trinkwasserspender.

Im Jahr 2022 sollen weitere drei Spender folgen. Diese Spender sind zum Auffüllen der eigenen Flaschen gedacht und – an besonders heißen

tagen – zum Abkühlen des Gesichts. Die Trinkwasserqualität wird dabei stets sichergestellt, ebenfalls soll auf einen schonenden Gebrauch des Trinkwassers geachtet werden.





Grünplanung

Bei Planung, Gestaltung und Pflege der städtischen Grünflächen (z.B. Spiel-, Friedhofs- und Parkanlagen) werden Kriterien für Artenvielfalt und Naturnähe berücksichtigt. Dazu gehören folgende Maßnahmen und Grundsatzentscheidungen:

Keine Verwendung von Pestiziden

Die Hansestadt Lüneburg hat sich schon vor vielen Jahren eigenverpflichtet, auf den Einsatz von Pestiziden und Herbiziden bei der Unterhaltung von Grünflächen zu verzichten. Auch zur Unterhaltung von Wegen und Plätzen wird, wenn nötig, das Wildkraut mechanisch oder mit Wasserdampf beseitigt.

Artenschutzmaßnahmen

Innerhalb des Stadtgebietes gibt es viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten, auf deren Erhalt und Schutz ihrer Lebensbedingungen besonders zu achten ist. Beispielhaft seien Rentierflechte, Haubenlerche, Fledermäuse oder die Blauflügelige Ödlandschrecke genannt. Diese werden nicht nur im Rahmen der Bauleitplanung oder von Bauvorhaben berücksichtigt, sondern spielen auch immer mehr im Monitoring der geschützten Lebensräume eine besondere Rolle.



Landschaftsplan, Biotoptypen-Kartierungen

Der aktualisierte Landschaftsplan der Hansestadt Lüneburg wurde im Juli 2021 beschlossen. Er ist die Fortschreibung des 1996 aufgestellten Landschaftsplans und bietet die Basis für zukünftige Planungen und Maßnahmen im Sinne des Natur- und Artenschutzes. Er stellt den Zustand der naturschutzfachlichen Schutzgüter in Text und Karte dar. In einem daraus entwickelten Zielkonzept werden Maßnahmen dargestellt, die den Zustand der Schutzgüter, Tier- und Pflanzenarten verbessern und optimieren könnten. Für die Grundlagenermittlung des Landschaftsplans wurden die Biotoptypen im gesamten Stadtgebiet neu erfasst und bewertet.

Umwandlung von Rasen zu Mähwiesen, Förderung von Blühstreifen an Wegen



Seit fünf Jahren werden im gesamten Stadtgebiet Grünflächen und Randstreifen entweder durch eine extensivere Nutzung (Aufgabe von häufiger Mahd) oder durch aktive Neuansaat zu Wildblumenwiesen umgewandelt. Dies geschieht jeweils in enger Abstimmung mit der AGL um eine sach- und zielgerichtete Pflege und Unterhaltung dieser öffentlichen Grünflächen zu gewährleisten.

Schattenbäume auf Spielplätzen

Wie die Sommer der letzten Jahre zeigten, müssen Sandspielbereiche zunehmend vor intensiver Sonneneinstrahlung geschützt und teilweise aufwendig verschattet werden. Kletter- und Wipppgeräte aber auch Wassermatschanlagen heizen sich bei langandauernder ungehinderter Sonneneinstrahlung oftmals so auf, dass deren Oberflächen so gefährlich heiß werden, dass die Geräte nicht mehr nutzbar sind. Schattenspendende Laubbäume können die Belastungen mindern. Für die oft sandigen und trockenen Bodenverhältnisse eignen sich trockenheits- und wärmeliebende sogenannte Klimabäume besonders. Diese Baumpflanzungen erhöhen nicht nur die Aufenthaltsqualität für Menschen, sondern dienen oft als Nahrungsquellen und Rückzugsorte für die Fauna der Stadt. In den letzten Jahren wurden vermehrt Bäume auf Spielplätzen gepflanzt.



Verwendung von standortgerechten Bäumen und auch klimaangepassten Baumarten

In den letzten Jahren wurden vermehrt Straßenbäume gepflanzt, die aufgrund ihrer Herkunft an die besonderen Anforderungen des Stadtklimas vor dem Hintergrund des Klimawandels besser angepasst sind, als die dort bisher eingesetzten Bäume: Die Bäume stammen vorwiegend aus dem mediterranen Raum oder aus Gebieten mit Steppenklima. Sie besitzen die Fähigkeit, längere Trockenheitsphasen sowie starke Sonneneinstrahlung zu kompensieren und überstehen auch Spätfröste gut.

Entsiegelung von Flächen bei Spielplatz- und Schulhofgestaltung

Bei Umgestaltungen von Spielplätzen aber vor allem auch Schulhöfen sind regelmäßig Entsiegelungsmaßnahmen vorgesehen. Biologisch tote Fläche können dem Naturkreislauf wieder zugeführt werden und tragen zur ökologischen Aufwertung bei. Bei Beteiligungsveranstaltungen ist der Kinderwunsch nach naturnahen Flächen mit Bäumen oder einem Spiel-Dschungel oftmals festzustellen. Gehölzpflanzungen werden in das Spiel mit einbezogen, regen zum Rollenspiel an. Der Spielwert der Flächen erhöht sich. Auch in diesem Jahr wird die Hansestadt erhebliche Flächenanteile eines Schulhofs und eines Spielplatzes entsiegeln.

Einbau von luft- und wassergebundenen Wegen in Parks und Grünanlagen

In den Lüneburger Parks und Grünanlagen werden die Wege in der Regel mit sogenannten „wassergebundenen“ Belägen befestigt. Diese Bauweise, die ohne besondere Bindemittel auskommt, ermöglicht eine gute Niederschlagsversickerung und weist daher einen wesentlich geringeren Wasserabfluss in die Kanalisation auf, als andere Flächenbefestigungen.

Aufgrund der Verwendung von Deckschichten mit weniger Feinanteilen ist es gelungen, deren Dauerhaftigkeit zu erhöhen und den Unterhaltsbedarf wesentlich zu verringern.

Verwendung insekten- und fledermausfreundlicher Beleuchtung

Erst seit wenigen Jahren verwendet die Hansestadt Lüneburg in und entlang von Grünanlagen eine LED-Beleuchtung von maximal 3000 Kelvin Farbtemperatur. Dieses eher warmweiße Licht gilt allgemein als insektenfreundlich. Sowohl beim Austausch alter Laternen bzw. Leuchtmittel als auch bei der Neuanlage von Wegebeleuchtung wird dies berücksichtigt (Nordseite Liebesgrund, Rad- und Fußweg entlang des Lösegrabens).

In besonders sensiblen Bereichen, die für lichtscheue Fledermausarten wichtig sind, wird seit kurzem die Farbtemperatur bis 1800 Kelvin verbaut. Dies ist im

Mai 2021 erstmals im Scunthorpe-Park umgesetzt worden.

Kriterien bei der Verpachtung von städtischen Flächen

Auf den betreffenden Flächen ist der Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel, sowie sonstiger Chemikalien, zu Pflanzenschutz Zwecken und auch zum Zwecke der Unkrautbekämpfung, nicht gestattet. Weiterhin ist es nicht gestattet Biozide (Schädlingsbekämpfungsmittel, hierzu zählen bspw. auch Mittel gegen Ameisen, gegen Ratten und Mäuse, usw.) ohne Genehmigung/Zustimmung durch den Verpächter zu verwenden. Bei unsachgemäßer Anwendung von insektiziden-, fungiziden-, herbiziden Wirkstoffen, solchen in Pflanzenschutzmittel oder anderen Stoffen/Chemikalien kann es zur Schädigung von Flora und Fauna sowie zu Gewässerschädigungen kommen.



Friedhofsgestaltung

Friedhöfe sind besondere Areale mit einer hohen Artenvielfalt in Flora und Fauna. Diese gilt es zu erhalten oder auszuweiten. In der Gestaltung der städtischen Friedhöfe werden dafür folgende Ziele berücksichtigt: Lüneburg hat insgesamt 8 Friedhöfe mit einer Gesamtfläche von rund 48 ha. Die Friedhöfe verteilen sich über das gesamte Stadtgebiet. Der kleinste Friedhof liegt im Stadtteil Rettmer (1 ha), der größte ist der Waldfriedhof (24 ha) im Stadtteil Kaltenmoor. Alle Friedhöfe besitzen aufgrund ihres vielfältigen Bewuchses eine vergleichsweise hohe Diversität von Flora und Fauna.

Um die Artenvielfalt weiter zu schützen und auszubauen, wurden auf mittlerweile rund einem Hektar Friedhofsfläche Blühwiesen und Langgrasflächen etabliert, Tendenz steigend. Ehemals befestigte Wegeflächen aus wassergebundener Wegedecke werden mehr und mehr zu Vegetationsflächen. Ungenutzte Grabflächen werden zu Wiesenflächen umgewandelt, ohne dabei ihre ursprüngliche Nutzbarkeit zu verlieren. Auf dem Waldfriedhof sind rund vier Hektar Friedhofsfläche als Reservefläche ungenutzt.

Diese Flächen werden, einem Naturwald ähnelnd, nicht bewirtschaftet und weisen einen hohen Totholzanteil auf.

Seit 2018 sind die Lüneburger Friedhöfe am BUND-Projekt „Ökologische Nische Friedhof“ beteiligt. Auf dem Waldfriedhof, dem Zentralfriedhof und dem Michaelisfriedhof wurden in diesem Rahmen bereits 5.000 m² Blühwiesen angelegt. Zusätzlich wurde 2019 eine Streuobstwiese auf dem Nord-West-Friedhof mit 20 alten Apfelsorten, Beerenobst als Begleitgehölzen und einer Magerwiese mit eingestreuten Wildstauden als Unterpflanzung angelegt. Auch Mustergräber mit Wildstauden sind in dem Zuge entstanden.

Im Winter 2020 / 2021 wurde die Schaffung und der Erhalt von Habitatbäumen auf den Friedhöfen eingeführt. So werden nicht mehr alle abgestorbenen Bäume vollständig entnommen, sondern bleiben als Baumtorso erhalten. Sie dienen dann als Nist- und Nahrungsraum für Vögel, Käfer, Fledermäuse, etc.. Diese Bäume werden mit informativen Plaketten gekennzeichnet.

Pflanzungen werden zu 80 % mit einheimischen Gehölzen vorgenommen. So sollen die Friedhöfe perspektivisch so nachhaltig aufgestellt werden, dass sie sowohl einen Beitrag zum Arten- und Biotopschutz, als auch zur CO₂-Absenkung leisten.



Forsten

Das Stadtforstamt Lüneburg umfasst eine Größe von 1.763 Hektar. 1.520 Hektar davon sind Wald. Die Forstamtfläche gliedert sich mit großer Diversität an Baumbeständen und Standorten in ca. 30 verschiedene Waldgebiete (Forstorte) rund um Lüneburg. Lüneburgs Mischwälder beherbergen aktuell schon 32 statistisch nachgewiesene Baumarten und nehmen damit eine Vorbildfunktion ein.

Über 600 Hektar sind als Natur- und Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen und Referenz für den hohen ökologischen Wert des Lüneburger Stadtwaldes. Darüber hinaus sind 11,8% der

Weitere Infos

Ökologische Nische Friedhof





Holzbodenfläche Naturwald – werden also nicht mehr bewirtschaftet. Auf den restlichen rund 1.300 ha erfolgt die Bewirtschaftung bereits seit über 40 Jahren nach den Grundsätzen der Arbeitsgemeinschaft Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW), deren Grundidee die ganzheitliche Betrachtung des Waldes als dauerhaftes, vielgestaltiges und dynamisches Ökosystem ist. Darüber hinaus ist der Lüneburger Stadtwald nach den Standards des Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes (PEFC) zertifiziert. Der Holzeinschlag liegt mit rund 7.500 Festmetern deutlich unter dem jährlichen Zuwachs und es wird kontinuierlicher Vorratsaufbau betrieben. In diesem Zuge werden Lüneburgs Wälder auch immer älter und schon heute sind 40% der Hauptschicht über 100-jährig.

Neben jährlich ca. 4 ha Unterpflanzung von Nadelreinbeständen zwecks Schaffung von Mischwaldtypen durch das Forstamt, möchte die Hansestadt zukünftig auch motivierten Bürgern die Möglichkeit bieten, sich bei der Aufforstung und Schaffung neuer Wälder mit einzubringen. Erstmals wurde im Rahmen der Aktion „Lünepaten“ mit Unterstützung durch die „Waldpaten“ im Frühjahr ein ca. zwei Hektar großer

Acker beim Gut Wienebüttel mit klimastabilen Eichen, Flatterulmen und Vogelkirschen aufgeforstet. Auch dieser Wald soll langfristig als CO₂-Senke und vielen Tier- und Insektenarten als Biotop dienen. Zukünftig sind jedes Jahr vergleichbare Pflanzaktionen geplant. Um auch im Stadtwald Lüneburg dem Arten- und Biodiversitätsschwund entgegenzuwirken, verfolgt das Stadtförstamt schon seit Jahrzehnten auf ganzer Fläche ein Habitatbaum- und Totholzkonzept. Auf die Ganzbaumnutzung wird verzichtet und zusätzlich werden pro Hektar fünf bis zehn Bäume belassen, die ihr natürliches Lebensalter und die Zerfallsphase erreichen sollen. In Verbindung mit dem schon heute hohen Durchschnittsalter unserer Waldbestände, stellt der Lüneburger Stadtwald eine Oase für die Tier- und Insektenwelt dar. Der Totholzanteil soll auch zukünftig weiter gefördert werden, so dass neben der Artenvielfalt auch die Regenerationsfähigkeit der Waldböden gefördert werden kann.

EIGENBETRIEBE UND TOCHTERGESELLSCHAFTEN

Im Folgenden werden Aktivitäten im Bereich der Nachhaltigkeit einiger städtischer Eigenbetriebe und Tochtergesellschaften dargestellt. Die Übersicht gibt nur einen kleinen Einblick in die vielfältigen Tätigkeiten und Projekte dieser ausgewählten Betriebe. Darüber hinaus sind weitere Betriebe im Konzern Hansestadt aktiv, die hier nicht dargestellt werden.

Für weitergehende Informationen wird auf die Darstellungen in den jeweiligen Geschäftsberichten der Eigenbetriebe und Tochtergesellschaften verwiesen.

Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH

Die Abwasser, Grün und Lüneburger Service GmbH (AGL), ein Tochterunternehmen der Hansestadt Lüneburg, wurde ursprünglich 1997 als Abwassergesellschaft Lüneburg mbH gegründet. 2008 fusionierte die AGL mit dem städtischen Betriebshof zur Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH. Die AGL erbringt heute zahlreiche kommunale Serviceleistungen, dazu gehören insbesondere die Abwasseraufbereitung, inkl. dem Bau und Betrieb der öffentlichen Kanalisation, die Gewässerunterhaltung und die Leistungen eines Betriebshofes, unter anderem die Stadtreinigung und die Pflege öffentlicher Grünflächen.



Energie und Klimaschutz

Die AGL ist bereits seit Jahren im Bereich Energieeffizienz sehr aktiv und optimiert stetig ihre Anlagenbetriebe. Durch die Verstromung des anfallenden Klärgases in den betriebseigenen Blockheizkraftwerken (BHKW) ist die AGL seit vielen Jahren energieautark und klimaneutral in der



Bewirtschaftung der Anlagen. Überschussstrom wird in das Netz gespeist oder auch zu Mobilitätszwecken eingesetzt.



Die AGL wird den Klärschlamm zukünftig thermisch verwerten. Aktuell ist geplant, den Klärschlamm über eine emissionsfreie Transportlogistik (Zero Emission Transportlogistik) im Hamburger Hafen verwerten zu lassen. Hierzu werden beim Partner der AGL, der HAMBURG WASSER, bereits Planungen zur Modernisierung und Erweiterung der dort bestehenden Verbrennungsanlage VERA durchgeführt. Dort wird zukünftig auch das lebenswichtige Phosphor recycelt werden.

8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM



Klimaschonende Mobilität

Die AGL hat das Ziel bis zum Jahr 2029 95% ihrer Fahrzeug- und Geräteflotte auf emissionsarme Antriebe umzustellen. Aktuell ist dies bereits bei 20% der Fahrzeugflotte passiert. Die AGL ist Partner des „Wasserstoffnetzwerkes Nordostniedersachsen“ (H2.N.O.N) und engagiert sich in der Akquisition von Investoren im Bereich der regionalen H2-Produktion, sowie um Technologieförderungen. Geplant ist als Nächstes die Anschaffung von 2 neuen Großkehrmaschinen mit

9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR



Die AGL wird den Klärschlamm zukünftig thermisch verwerten. Aktuell ist geplant, den Klärschlamm über eine emissionsfreie Transportlogistik (Zero Emission Transportlogistik) im Hamburger Hafen verwerten zu lassen. Hierzu werden beim Partner der AGL, der HAMBURG WASSER, bereits Planungen zur Modernisierung und Erweiterung der dort bestehenden Verbrennungsanlage VERA durchgeführt. Dort wird zukünftig auch das lebenswichtige Phosphor recycelt werden.

H₂-Brennstoffzellenantrieb, im Rahmen einer ohnehin notwendigen Ersatzinvestition.



Biologische Vielfalt

Darüber hinaus engagiert sich die AGL im Bereich des Ausbaus und Erhalts der biologischen Vielfalt. In Zusammenarbeit mit dem BUND und dem NABU unterstützt die AGL die Entsiegelung von Flächen und die Anlage und Gestaltung insektenfreundlicher Grünflächen, insbesondere für Bienen. Im Rahmen der Entstehung des Neubaugebietes „Am Wienebütteler Weg“ plant die AGL die Einführung eines modernen und nachhaltigen Regenwassermanagements. Konkret wird dort der Einbau von zusätzlichen Filtersystemen in den Straßeneinläufen geplant, um die Einleitung von Mikroschadstoffen zu verringern.



GESUNDHEITSHOLDING LÜNEBURG

Gesundheitsholding Lüneburg

Die Gesundheitsholding Lüneburg GmbH wurde im Jahr 2007 als hundertprozentige Tochter der Hansestadt Lüneburg gegründet. Unter ihrem Dach arbeiten neun Gesellschaften zusammen. In diesen Gesellschaften arbeiten ca. 3.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus unterschiedlichsten Berufsgruppen. Damit ist die Gesundheitsholding der größte Arbeitgeber und Ausbilder der Region. In diesem Sinne verfolgt sie viele Aspekte der Nachhaltigkeitsziele, wovon die wesentlichen Aktivitäten hier vorgestellt werden.



Organisation und Gesundheitsmanagement

Für die dauerhafte Akzeptanz der medizinischen und gesundheitsfördernden Leistungen bei Mitarbeitenden, Gästen und Patientinnen bedarf es eines qualifizierten Führungsteams mit einem verpflichtenden gemeinsamen

Führungsverständnis. Daher hat die Gesundheitsholding sich Führungsleitlinien auferlegt und führt seit 2012 eine umfassende Pflichtfortbildung für Führungskräfte durch. Zum Abschluss erhält jede Führungskraft den „Führungsführerschein“. Ziele des Gesundheitsmanagements sind gesundheitsgerechte Arbeitsbedingungen, die Gesundheit der Beschäftigten zu fördern, die Arbeitsfähigkeit zu verbessern und damit zu Etablierung einer gesunden Organisation beizutragen. Die aus diesem Konzept resultierenden Maßnahmen sind im „Kursbuch Arbeitskreis Gesundheit“ enthalten.



Ausbildung und Entlohnung



In 10 Ausbildungsberufen und 3 Dualen Studiengängen werden derzeit 240 junge Menschen in den Betrieben der Gesundheitsholding Lüneburg ausgebildet, darüber hinaus leisten SKL und PKL als akademische Lehrkrankenhäuser

ihre Beiträge zur Ausbildung von Ärzten und Fachärzten. Ziel ist es, in einem möglichst großen Umfang Mitarbeitende selbst zu qualifizieren und dauerhaft an die Unternehmen zu binden. Auch im Bereich Reinigung/ Küche / Logistik liegen die Gehälter über den jeweiligen Branchentarifverträgen. Eine lange Betriebszugehörigkeit wird durch Erfahrungsstufen belohnt.



Klimaschonende Mobilität



Es werden ausschließlich E-Autos in der Kompaktklasse beschafft (Ausnahmen nur in zu begründenden Ausnahmefällen). Gleichzeitig wird die Infrastruktur für Lademöglichkeiten auf den PKL-Gelände ausgebaut. Seit 2021 ist mit Abschluss des Tarifvertrages die Möglichkeit eines Dienstrads auch

für die Beschäftigten gegeben. Dies schafft für die Mitarbeitenden der Holding einen zusätzlichen Anreiz den Arbeitsweg mit dem Rad zu bestreiten. Die Gesundheitsholding gewährt den Mitarbeitenden Zuschüsse zum HVV-Jobticket. Um die Folgen der nicht immer optimalen ÖPNV-Anbindung zu reduzieren, fördert die Holding StadtRAD-Stationen. Darüber hinaus plant das PKL Patientinnen und Mitarbeitenden in den Zeiten schlecht abgestimmter Fahrpläne, einen Shuttle-service zur Verfügung zu stellen.



Abfallvermeidung und Energieversorgung

Zur Vermeidung von Abfall und der Reduzierung des logistischen Aufwandes ist

beabsichtigt die Versorgung der Patienten auf den Stationen von der Flaschenversorgung hin zu Trinkwasserspendern umzustellen.

Seit April 2021 ist die zentrale Dampferzeugung (Brennstoff Gas) auf eine dezentrale elektrobetriebene Dampferzeugung umgestellt worden. Im Rahmen der Neubaumaßnahmen in PKL und SKL wird die Notstromversorgung vom Diesel zu Brennstoffzellen/ Akku-Park umgestellt.

In beiden Kliniken wurde ein Energiemanagementsystem gemäß DIN EN ISO 50001 eingeführt und zertifiziert. Zur Weiterentwicklung soll auch ein Energieaudit gemäß DIN EN 16247 implementiert werden, denn dadurch sollen zukünftig weitere Einsparpotentiale identifiziert werden.

Entsorgung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen und Wertstoffen.



Energie und Klimaschutz

Die GfA ist seit vielen Jahren im Bereich Energieeffizienz aktiv und optimiert stetig die Anlagenbetriebe. Durch die Verstromung des auf der Anlage anfallenden Deponiegases über ein Blockheizkraftwerk wird die Stromversorgung der

betrieblichen Anlagen sichergestellt. Die überschüssige Wärme des BHKW wird darüber hinaus für die Beheizung und Warmwasserversorgung genutzt. Des Weiteren verfügt das Betriebsgelände über diverse Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Auf ca. 30.000 m² Dach- und Deponiefläche wurden PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von etwa 3,95 MWp installiert. Zusätzlich befindet sich eine Windenergieanlage auf dem Betriebsgelände, dessen jährliche Stromerzeugung ca. 900 MWh beträgt.



Klimaschonende Mobilität (SDG 11)

Im Bereich Mobilität will die GfA zunehmend auf Müllfahrzeuge mit alternativen Antrieben und Kraft-

stoffen setzen. Aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit dieser Fahrzeuge setzt die GfA aktuell moderne Fahrzeuge der Schadstoffklasse 5 und 6 ein. Durch Ersatzinvestitionen wird der Fuhrpark regelmäßig erneuert.



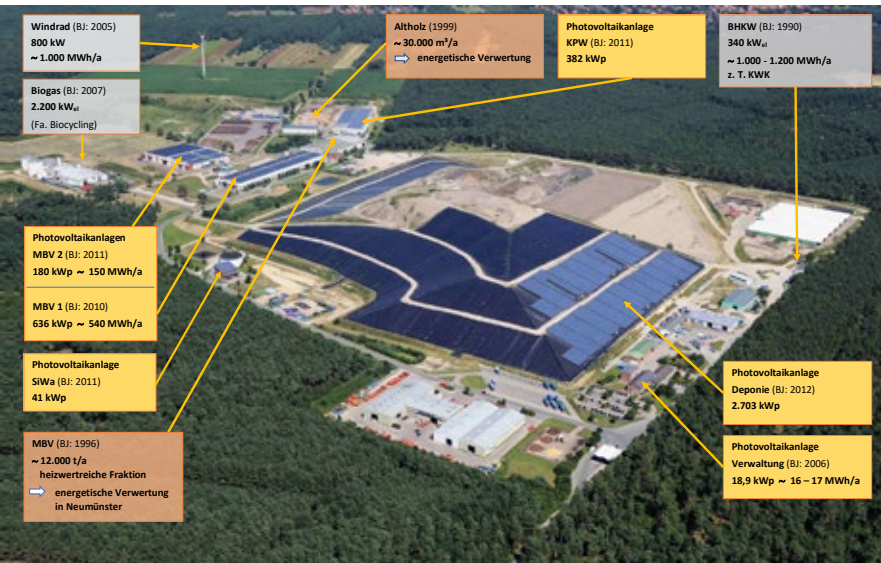
Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft (SDG 12)

Ein wichtiger Baustein im Geschäftsfeld der GfA ist die Kompostierung aus Grün- und Bioabfällen. Rund 20.000 Tonnen Grünabfälle werden jährlich verarbeitet.



Gesellschaft für Abfallwirtschaft Lüneburg

Die GfA wurde 1981 als Gesellschaft für Abfallwirtschaft Lüneburg mbH gegründet und 2012 in eine gemeinsame kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt. Sie gehört zu gleichen Teilen dem Landkreis und der Hansestadt Lüneburg. Ihre Aufgaben sind Sammlung, Transport, Verwertung,



Nach abgeschlossener Kompostierung wird das fertige Material abgeseibt und als hochwertiger Kompost dem Markt wieder zugeführt. Ca. 15.000 Tonnen Bioabfälle aus der Biotonnensammlung durchlaufen jährlich einen Prozess im betriebseigenen Kompostwerk.



Lüneburger Wohnungsbau GmbH



Die LüWoBau ist das kommunale Wohnungsunternehmen in der Hansestadt Lüneburg. Das Firmenleitbild drückt bereits aus, dass das Unternehmen sich für eine nachhaltige Entwicklung engagiert. Dabei geht es auch um das Ziel der

Gewinnoptimierung unter Beibehaltung der sozialen Verantwortung und der nachhaltigen Nutzung der ökologischen Ressourcen.

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE

Energie und Klimaschutz

Die LüWoBau ist Mitglied der bundesweiten „Initiative Wohnen.2050“. Dieser Zusammenschluss von Wohnungsunternehmen engagiert sich für eine Strategie hin zum klimaneutralen Gebäudebestand bis 2050.

13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ

Energetische Standards im Gebäudebestand und im Neubau

Um den Energieverbrauch der eigenen Gebäude zu verringern, hat das Unternehmen seit 2008 in die energetische Modernisierung investiert und damit seine CO₂-Emissionen von 2008 und 2020 um 20 % reduziert. Zudem werden Fenster erneuert und Dächer saniert. Alte Heizthermen in den Wohnungen werden durch umweltfreundliche Brennwertthermen ersetzt. Die energetisch hoch effizienten Neubauten der LüWoBau unterstützen das Vorhaben, die angestrebten Klimaziele zu erreichen. Neubauvorhaben mit hohen energetischen Standards, z.B. KfW-Effizienzhäuser 40 und 55.

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE

Energieversorgung

Drei Blockheizkraftwerke (BHKW) mit einer Leistung von insgesamt 232 kW thermisch und 124 kW elektrisch versorgen 2019 insgesamt 17.172,51 m² in 326 Wohnungen sowie das neue LüWoBau-Verwaltungsgebäude mit Wärme und Warmwasser. Die BHKW

13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ

produzierten 2019 mehr Strom, als tatsächlich in den Liegenschaften und dem eigenen Verwaltungsgebäude verbraucht wurde.

In einem Wohnhaus wurde 2018 das erste Mieterstrommodell realisiert. Dabei werden 40 Mieter (Stichtag 31.12.2019) mit Strom aus der auf dem Dach installierten Photovoltaik-Anlage versorgt. Für den Allgemeinstrom (z.B. das Flurlicht) wird über einen Rahmenvertrag ausschließlich „Ökostrom“ genutzt.



Klimaschonende Mobilität

Als Pilotprojekt wurde in einem Wohnquartier ein abschließbares Fahrradhaus errichtet, in welchem die Mieter das Fahrrad oder E-Bike barrierearm unterstellen und letztere ebenfalls kostenlos aufladen können. Die LüWoBau setzt auf klimaschonende Mobilität durch die Umstellung der Fahrzeugflotte auf Hybrid- bzw. E-Fahrzeuge. Für die Kurzstrecken kommen E-Bikes bzw. E-Lastenräder für die Hausmeister zum Einsatz. Derzeit stehen den Nutzern des Parkhauses am Klinikum sowie den Besuchern der LüWoBau jeweils vier Parkplätze mit E-Ladepunkten zur Verfügung, über die 2019 schon mehr als 5.300 kWh Strom für E-Mobilität bereitgestellt wurde. Wer das Unternehmen mit seinem E-Bike besucht, kann seinen Fahrrad-Akku an einem der zwei Ladeboxen vor dem Verwaltungsgebäude kostenlos laden. Insgesamt belaufen sich die bisherigen Investitionen in den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität bis Ende 2019 auf rund 95.000 €.



Beschaffung und Konsum

In der Beschaffung und im eigenen Verwaltungsbereich wird nur FSC-zertifiziertes Papier für Druck und Kopie eingekauft. Für den Einkauf von Kaffee ist das Fair Trade-Siegel relevant, beim Toilettenpapier der „blaue Engel“ für Recycling-Papier. Zudem konnte durch die Installation von Multifunktionsarmaturen (Sprudelwasser, heißes Wasser aus einer Armatur) im neuen Verwaltungsgebäude komplett auf die Getränkeversorgung mittels PET-Flaschen verzichtet werden.

Soziales



Als kommunales Unternehmen bewegt sich die LüWoBau als GmbH ständig zwischen dem Auftrag Gewinne zu erwirtschaften und der sozialen Verantwortung für sicheres, faires und bezahlbares Wohnen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt. Da die Interessentenliste immer länger wird, hat das Unternehmen 2015 wieder mit dem Neubau von geförderten Wohnungen begonnen und wird dieses Engagement auch zukünftig verstärkt weiterführen. In diesem Zusammenhang widmet sich das Unternehmen auch Sonderwohnformen.



Als kommunales Unternehmen bewegt sich die LüWoBau als GmbH ständig zwischen dem Auftrag Gewinne zu erwirtschaften und der sozialen Verantwortung für sicheres, faires und bezahlbares Wohnen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt. Da die Interessentenliste immer länger wird, hat das Unternehmen 2015 wieder mit dem Neubau von geförderten Wohnungen begonnen und wird dieses Engagement auch zukünftig verstärkt weiterführen. In diesem Zusammenhang widmet sich das Unternehmen auch Sonderwohnformen.

Luna Lüneburg GmbH



Aufgabe der Luna Lüneburg GmbH ist die Pacht, der Betrieb und die Verwaltung von Straßenbeleuchtungsanlagen im Stadtgebiet Lüneburg und die Lieferung von Licht sowie alle damit zusammenhängenden Dienstleistungen.



Optimierung der Beleuchtung

Seit Beginn des Betriebsführungsvertrages der Straßenbeleuchtung in der Hansestadt im Jahr 2009 wurden bereits über 39 % Energie eingespart, obwohl inzwischen etwas über 1.000 Leuchten neu dazu errichtet wurden. Das Ziel



der Energieeinsparung bis 2029 lag ursprünglich bei 32,5 %. Obwohl dieses Ziel bereits erreicht wurde, werden fortlaufend alte Leuchten im Rahmen des Unterhaltungsplanes auch mit der Maßgabe der Energieersparnis erneuert um die Quote der Energieersparnis weiter anzuheben.

Weitere Infos

Initiative Wohnen.2050



LüWoBau





Potentialanalyse zur Erhöhung der LED-Quote

Durch regelmäßige Analysen des städtischen Beleuchtungssystems werden Areale und Straßenzüge ermittelt, in denen Leuchten sanierungswürdig wären. Für die Stadt ergeben sich in diesen Arealen CO₂-Einsparungen und Energieeinsparquoten von rd. 65% bei rund 1.000 Leuchten.



Insekten- und Falterfreundlichkeit

Bei der Planung der neuen oder zu ersetzenden Beleuchtung von Wegen und Plätzen werden über die Vorgaben des Beleuchtungsvertrages hinaus die Empfehlungen des BUND zum Insektenschutz und die Falterfreundlichkeit beachtet.



LED-Umstellung der Beleuchtung am Busbahnhof

Die Luna hat am ZOB ein Beleuchtungskonzept für Sonderleuchten aufgestellt. Die Lichtbänder an den Dächern des Busbahnhofs werden auf neue LED-Technik saniert. Die nach oben strahlenden Leuchten werden außer Betrieb genommen. Durch diese Maßnahme werden rd. 70 % Energie eingespart.



Umweltbildungszentrum

Das Umweltbildungszentrum SCHUBZ wird von Hansestadt und Landkreis Lüneburg getragen und wurde 1989 gegründet. Es ist vom Niedersächsischen Kultusministerium als außerschulischer Lernort anerkannt und von der UNESCO 2018 als BNE-Lernort ausgezeichnet worden. Ermöglicht wird die pädagogische Arbeit durch Lehrerstunden und durch finanzielle Mittel des Vereins zur Förderung des SCHUBZ e.V., der die rund 25 Mitarbeitenden für das SCHUBZ beschäftigt.



Angebote

Das Umweltbildungszentrum bietet vielfältige Angebote der Umweltbildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung zu allen relevanten Schlüsselthemen einer nachhaltigen Entwicklung wie Konsum, Biodiversität, Energie- und Klimaschutz, Land- und Forstwirtschaft, soziales Miteinander digitalen Medien und Partizipation an. Somit wirkt es in der Stadtgesellschaft bei der Umsetzung vor allem des SDGs 4 sowie 12, 13 und 15 mit.



Jährlich erwerben rund 15.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene über das SCHUBZ interdisziplinäre Kompetenzen, um die eigene Zukunft verantwortungsvoll gestalten zu können. Als außerschulischer Lernort ist das SCHUBZ Dienstleister, der flexibel zielgruppengerechte Angebote für die Metropolregion Hamburg durchführt. Als Bildungskompetenzzentrum qualifiziert es jedes Jahr rund 3.000 Multiplikatoren auch überregional und befähigt diese in pädagogischen Fragestellungen einer



Bildung für nachhaltigen Entwicklung. Das SCHUBZ wirkt überregional auch als Innovationszentrum für neue Methoden einer Bildung für nachhaltigen Entwicklung bei der Entwicklung und Durchführung landesweiter Bildungs- und Qualifizierungsoffensiven.

Seit 2017 wird der Arche-Park Lüneburg als Lern- und Erlebnisort für alte Haustierrassen und Gemüsesorten vom SCHUBZ betrieben, um damit auch Ansätze alternativer Landwirtschaft erlebbar zu machen.

In Kooperation mit dem regionalen Landesamt für Schule und Bildung wirkt das SCHUBZ als Kompetenzzentrum und Plattform für Nachhaltige Schülerfirmen als Brücke von Unternehmen und schulischer Berufsorientierung. Neben der Beratung, Qualifizierung und Vernetzung von rund 20 Schulen mit 40 Schülerfirmen werden im Gebiet des Landkreises Lüneburg vom SCHUBZ auch regionale Schülerfirmenmessen ausgerichtet.

AUSBLICK

Erfassen und Entwicklungen darstellen

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht wirft einen Blick auf die aktuelle Situation und berichtet über laufende Projekte in der Hansestadt und im Konzern unter Betrachtung einiger Tochtergesellschaften.

Künftige Nachhaltigkeitsberichte sollen Entwicklungen und Trends in der Hansestadt erkennbar machen. Dafür müssen Daten über einen längeren Zeitraum gesammelt, aufbereitet und dargestellt werden. Eine Auswahl von geeigneten aussagekräftigen Indikatoren ist hierfür erforderlich.

Ziele formulieren

Soweit konkret formulierte Ziele vorliegen, kann eine Bewertung des bisherigen Weges zum Erreichen der Ziele vorgenommen werden.

Überprüfen und Steuern

Ein Nachhaltigkeitsbericht, der eine konkrete Zielerreichung und Indikatoren darstellt, kann somit zu einem Monitoring-Werkzeug und wirksamen Steuerungsinstrument für kommunale Entscheidungsprozesse werden.

